

N i e d e r s c h r i f t

**der 8. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
25.03.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 18:51 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Hendrik Lange	Vorsitzender des Stadtrates	
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:07 Uhr
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:38 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:44 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:50 Uhr
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:12 Uhr
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	ab 14:50 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Swen Knöchel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 17:00 Uhr
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Manuela Plath	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	ab 15:00 Uhr
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Karamba Diaby	SPD-Fraktion	ab 14:28 - 19:17 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion	
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	
Katharina Hintz	SPD-Fraktion	ab 15:12 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion	
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion	
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Kay Senius	SPD-Fraktion	ab 15:45 Uhr
Dr. med. Detlef Wend	SPD-Fraktion	
Wolfgang Aldag	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ann-Sophie Bohm-Eisenbrandt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dietmar Weihrich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:15 - 19:00 Uhr
Denis Häder	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	

Helmut-Ernst Kaßner
Markus Klätte
Gerhard Pitsch

Stadtrat
Stadtrat
Stadtrat

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Tobias Kogge
Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Stefan Richter
Anja Schneider

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordneter
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Gisela Wagner
Bernhard Bönisch
Josephine Jahn
Fabian Borggrefe
Bernward Rothe

Stadträtin
CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
SPD-Fraktion
SPD-Fraktion

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger sowie die Damen und Herren Stadträte zur 8. öffentlichen Stadtratssitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Frau Susanne Morgan zum Wassertourismuskonzept

Frau Morgan stellte sich als Bewohnerin des Gebietes Am Sophienhafen vor und nahm Bezug auf den Grundsatzbeschluss zum Wassertourismuskonzept der Stadt. Sie kritisierte, dass die unmittelbar vom Konzept betroffenen Einwohner nicht in die Entscheidungsfindung und Konzeptentwicklung einbezogen würden. In diesem Zusammenhang fragte sie an:

1. Bedeutet es, dass der Stadtrat und das Planungsteam vorsätzlich ein Tourismuskonzept als Grundsatzbeschluss fassen werden, welches teilweise nicht im Sinne der betroffenen Anwohner ist, ohne Rücksicht auf Verluste?
2. Sollten nicht generell die Bedürfnisse eigener Anwohner der Stadt Halle vor den Bedürfnissen der Touristen gestellt werden? Zum Beispiel die Planung eines Biwak-Platzes direkt vor ihrer Haustür.
3. Inwieweit kann das Wassertourismuskonzept noch geändert oder angepasst werden, wenn es als Grundsatzbeschluss gefasst wurde?
4. Ist im Allgemeinen eine Überarbeitung des Konzeptes noch möglich?

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass es in den Fachausschüssen eine erste Lesung zum Wassertourismus- und Wegekonzept gab, jedoch noch nicht die Beschlussempfehlung für den Stadtrat. Es stehe heute auch deshalb noch nicht auf der Tagesordnung, weil die Beratungsfolge dahingehend geändert wurde, eine zweite Lesung im Planungsausschuss und eine Lesung im Ausschuss für Stadtentwicklung durchzuführen.

Bezüglich des Grundsatzbeschlusses wies er darauf hin, dass dieser nicht die notwendigen einzelnen Genehmigungsverfahren ersetzt, wenn diese erforderlich sind. Viele Punkte seien weiter zu konkretisieren und könnten, was die Finanzierung einzelner Maßnahmen betreffe, zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht untersetzt werden.

Mit der Benennung möglicher Maßnahmen gehe es um eine grundsätzliche Richtung

Zur Beantwortung der einzelnen Anfragen von Frau Morgan schlug **Herr Beigeordneter Stäglich** vor, diese im Planungs- und Stadtentwicklungsausschuss zu diskutieren.

Zum Wassertourismuskonzept machte er darauf aufmerksam, dass dieses Thema nicht nur Touristen, sondern auch Bürgerinnen und Bürger der Stadt betreffe, welche möglicherweise auch bestimmte Angebote des Konzeptes in Anspruch nehmen würden.

In Bezug auf den Biwak-Platz im Stadthafen verwies er auf den jetzt schon bestehenden Stadthafen. Die öffentliche Nutzung dessen müsse auch durch die Nachbarschaft berücksichtigt werden.

Auf die Bitte von **Frau Morgan** zur Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner bei der Konzepterstellung führte **Herr Beigeordneter Stäglich** aus, dass Ansätze des Themas bereits mit Bürgerinnen und Bürgern beim Saale-Stammtisch behandelt wurden.

Das Thema Stadt am Fluss sei auch ein Stichwort in den Bürgerkonferenzen zum ISEK gewesen.

Abschließend lud **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** alle Anwohnerinnen und Anwohner des Gebietes Am Sophienhafen zur Einbringung von Ideen zum Wassertourismuskonzept ein.

Isabell Müller zur Speedskate-Anlage

Als Mitglied des Inline-Skater-Club stellte sich **Isabell Müller** vor. Sie fragte an:

1. Warum wird in der Stadt erzählt, dass Sport gefördert werden soll und warum bauen Sie dann unsere Bahn nicht?
2. Warum verpachten Sie das Grundstück von Motor an uns, wenn das mit Motor nicht abgesprochen ist?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Förderung einer Vielzahl von Sportarten durch die Stadt Halle. Auch werde seit Jahren versucht, dem Speedskating eine verbesserte Anlage beziehungsweise einen eigenen Standort zur Verfügung zu stellen. Der mit der SG Motor abgeschlossene Rahmenvertrag wurde gekündigt. Aus diesem Grund müsse ein neuer Standort gesucht werden.

Durch die Verwaltung wurde bereits Kontakt mit der Leitung des Speedskate-Vereins aufgenommen, um eine Ersatzfläche zu finden.

Frau Christin Backstein zur Speedskate-Anlage

Frau Backstein, ehrenamtliches Mitglied im Halleschen Inline-Skate-Club, informierte darüber, dass seit der letzten Stadtratssitzung im Februar bis auf die Nennung eines Ausweichgeländes durch die Stadtverwaltung kein nennenswerter Fortschritt zur möglichen Problemlösung herbeigeführt wurde.

Sie fragte:

1. Wann können wir mit einer Antwort zur Kostenklärung bzw. Kostenübernahme seitens der Stadtverwaltung gegenüber dem Halleschen ISC rechnen?
2. Warum agiert die Verwaltung nicht mit der erforderlichen Dringlichkeit und klärt parallel bereits geäußerte Sorgen und Fragen seitens des Halleschen ISC bezugnehmend auf die angebotene Ausweichfläche?
3. Sofern eine Kostenübernahme seitens der Stadtverwaltung ausgesprochen würde, schlagen wir parallel eine Ämterrunde zwischen allen Beteiligten für die Realisierung des Projektes vor.

Sehr geehrter Herr Dr. Wiegand, wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass er einer Runde aller Beteiligten zur Klärung offener Fragen positiv gegenüberstehe. Er teilte weiterhin mit, dass Herr Siegel bereits eine Ersatzfläche besichtigt habe, welche durch einen Pächter in Aussicht gestellt wurde.

In Bezug auf eine mögliche Kostenübernahme durch die Stadt könne er momentan keine Auskunft geben, da der Verein über einen Rechtsanwalt Schadenersatzansprüche gegenüber der Stadt gestellt hat und man sich deshalb in einem Rechtsverfahren befinde.

Pia-Elisa Mittler zur Speedskate-Anlage

Als Mitglied des Inline-Skater-Club stellte sich **Pia-Elisa Mittler** vor. Sie fragte:

1. Meine Eltern haben schon viele Arbeitsstunden bei den Vorbereitungen auf dem Gelände für die neue Bahn geholfen und ich verstehe nicht, warum nun doch nicht mit dem Bahnbau begonnen wird. Wann geht es nun endlich weiter?
2. Warum durften wir anfangen und nun nicht zu Ende bauen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die Mitteilung durch den Pächter, dass der Verein ISC auf dem Gelände nicht willkommen sei und deshalb die ursprüngliche Zusage zurückgezogen wurde.

Hanna Frens zur Speedskate-Anlage

Als Mitglied des Inline-Skate-Club stellte sich **Hanna Frens** vor. Sie fragte:

1. Warum gibt es überhaupt Probleme mit dem Grundstück, wenn alle Unterlagen unterschrieben wurden?
2. Was hat Motor eigentlich für ein Problem gegen uns?
3. Warum dauert es so lange, um eine neue Lösung für den Bahnbau zu finden?

Durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand wurde auf das Problem verwiesen, dass der ursprüngliche Verein, die SG Motor, den Vertrag gekündigt hat und deshalb der Vertrag nicht mehr wirksam sei. Zu den Gründen für die Vertragskündigung könne er keine Aussagen treffen. Diese müssten beim Vorstand der SG Motor erfragt werden.

Für den Neubau einer Bahnanlage läge ein Vorschlag der Verwaltung vor. Nach seinem Kenntnisstand könne eine Umsetzung besprochen werden.

Herr Lothar Richter zur Speedskate-Anlage

Bezug nehmend auf die Speedskate-Anlage wies **Herr Richter, Mitglied des Inline-Skate-Club**, darauf hin, dass noch kein offizieller Baustopp vorliege und deshalb eigentlich die Pflicht zum Weiterbau bestehe würde. Man sei jedoch auch an einem Ausweichgelände interessiert, da der Streit mit der SG Motor nicht beigelegt sei.

In diesem Zusammenhang bat er um eine Information zum weiteren Vorgehen.

Herr Richter machte auch auf das Problem der Baugenehmigung aufmerksam, welche an bestimmte Bedingungen für die Auszahlung von Fördergeldern geknüpft und deshalb eine Verzögerung der Sache nicht dienlich sei.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde deutlich gemacht, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Verein nach einer Lösung suchen möchte. Aufgrund des Rechtsverfahrens des Vereins gegen die Stadt könne er jedoch keine weiteren Auskünfte geben.

Herr Matthias Brenner zum Jugendtheaterfestival

Herr Brenner stellte sich als Chef des Thalia-Theaters und Neuen Theaters vor und informierte über die Planung eines Projektes unter dem Titel „Industriegebietskinder“, zu welchem sich die Städte Dortmund, Berlin und Halle vorgenommen hätten, Theaterstücke dem Thema Jugendlicher zu widmen. In den verschiedenen Städten sollen Theaterprojekte entstehen, welche im Gasometer bei einem Festival präsentiert werden.

Im Zeitraum vom 29.05.2015 bis 07.06.2015 werde es eine Veranstaltungsreihe dazu geben. In diesem Zusammenhang fragte er nach weiteren Unterstützern für das Projekt.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde die Unterstützung durch die Stadt zugesagt.

Herr Alfons Dowe zur Fußballwoche der Toleranz

Herr Dowe bezog seine Anfrage auf die Ankündigung zur Durchführung einer mitteldeutschen Fußballwoche für Toleranz in Halle. Im Namen der HFC-Fanszene e. V. fragte er an, weshalb das Fußballcamp bzw. die Fußballwoche, aktiv von Rasenball-Sport Leipzig mit organisiert wird. Des Weiteren fragte er an, ob der Markenhersteller Red Bull als Werbepartner das Projekt begleitet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte die Organisation durch RasenBallSport Leipzig e.V. und machte darauf aufmerksam, dass Veranstalter der Fußballwoche die Stadt Halle und Schirmherr der Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt sein wird. Das Fußballcamp werde ein Teil der Fußballwoche sein.

Herr Konrad Rook zur Mitteldeutschen Fußballwoche der Toleranz

Im Namen des HFC Fanszene e. V. fragte **Herr Rook** an, ob die Stadt einverstanden wäre, dass sich die Fanorganisation des HFC an der Organisation der „Fußballwoche der Toleranz“ beteilige.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte dies zu. Er freue sich über eine Beteiligung der Fanorganisationen an der Organisation und Vorbereitung der Fußballwoche. Ebenso habe der Präsident des HFC seine Mitwirkung zugesichert.

Herr Rodney Thomas zur Stadtentwicklung

Herr Thomas kritisierte die Arbeit des Fachbereiches Stadtentwicklung.

Als negatives Beispiel nannte er die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zur Verkehrsberuhigung am Friedemann-Bach-Platz. Dabei würde es sich um Geldverschwendung handeln, da seiner Ansicht nach das Ergebnis mit dem Bau von Parkflächen schon feststehen würde.

Ebenso wurde seiner Meinung nach auch beim Umbau der Steintorschule verfahren. Dort habe man in nicht öffentlicher Entscheidung den Denkmalschutz aufgehoben und das Gebäude mit dem Neubau verschandelt.

Des Weiteren kritisierte er noch einmal den geplanten Abriss des Künstlerhauses 188 sowie die noch nicht erfolgte flächendeckende Bereitstellung von Hochgeschwindigkeitsinternet in der Stadt.

Abschließend fragte **Herr Thomas**, ob Herr Oberbürgermeister das Ziel teile, dass Halle ein gutes, globales IT- und für jüngere Menschen freundliches Ansehen bekommt.

Zu den kritischen Anmerkungen von Herrn Thomas führte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus, dass es zum Beispiel in der Freiimfelder Straße, auch realisiert durch die Unterstützung der Stadtverwaltung, Projekte Dritter zur Fassadengestaltung an Gebäuden gegeben habe.

Dort wurden, wie schon im Prozess bei der Erarbeitung des ISEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept), verschiedene Beteiligungsschritte organisiert und Akteure aus dem halleschen Osten, der kreativen Szene und insbesondere aus dem Kreis der Studierenden einbezogen.

Auch weiterhin würden die verschiedensten Formate der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ausprobiert.

Zum Thema Breitband verwies **Herr Beigeordneter Stäglin** auf die gleiche Anfrage in der letzten Stadtratssitzung. Hierzu werde durch die Verwaltung eine Antwort vorbereitet.

Auf die Frage zur Bindung junger Menschen an die Stadt Halle machte er deutlich, für diese im Bereich der Wirtschaft Möglichkeiten eröffnen zu wollen, soweit dies in der Planung zu realisieren sei.

Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass der wirtschaftliche Fakt ein prioritäres Projekt im Bereich des Oberbürgermeisters darstellt und durch die Verwaltung ein Wirtschaftskonzept erarbeitet und vorgelegt werde.

Bezogen auf das Thema Steintorschule wurde durch **Herrn Beigeordneten Stäglin** darauf aufmerksam gemacht, dass das Gebäude zum Zeitpunkt des Verkaufs nicht mehr von der Stadtverwaltung genutzt und deshalb veräußert wurde.

Im Interesse der gesamten Stadt werde das Gebäude jetzt sinnvoll durch die Einrichtung einer Jugendherberge genutzt. Damit kämen junge Menschen in die Stadt und würden vielleicht durch Begeisterung vom ersten Besuch ihre Heimstadt in der Stadt Halle finden.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 8. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig sind 44 Mitglieder des Stadtrates (77,19 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum, folgende Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.6 Einziehung von Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße
Vorlage: VI/2015/00575
wurde im Fachausschuss vertagt
- 6.10 Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00485
wurde noch nicht abschließend beraten
- 6.11 Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00486
wurde noch nicht abschließend beraten
- 7.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung
Vorlage: VI/2015/00574
wurde im Fachausschuss vertagt
- 7.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer öffentlichen Toilette am Wasserspielplatz in Heide-Süd
Vorlage: VI/2015/00526
wurde im Fachausschuss vertagt

Herr Lange informierte darüber, dass folgende Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen:

- 6.14 Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Bereinigung eines vergabe- und beihilfenrechtswidrigen Zustandes im Fall des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00740

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass es um die Rechtsbehelfsfrist von einem Monat gehe, welche nur mit heutigem Beschluss zu erreichen sei.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2015/00740 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.14** behandelt.

6.15 Zustimmung zur Annahme von Geldspenden
Vorlage: VI/2015/00739

Herr Bürgermeister Geier begründete die Dringlichkeit damit, die Spenden sofort an die betreffenden Stellen weitergeben zu wollen. Da die Abgabefrist für die aktuelle Stadtrats-sitzung bei Eingang der Spende vorbei war, soll die Vorlage als Dringlichkeitsvorlage eingebracht werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2015/00739 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.15** behandelt.

6.16 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen Dritter
Vorlage: VI/2015/00745

Herr Bürgermeister Geier wies darauf hin, dass die Abgabefrist für die drei genannten Projekte bis zum 18.03.2015 lief und die Stadt sich verpflichtet hatte, schnellstmöglich die entsprechende Beschlusslage herbeizuführen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2015/00745 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **6.16** behandelt.

8.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeit
Vorlage: VI/2014/00392

Es lagen keine Wortmeldungen vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2014/00392 einstimmig zugestimmt

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.10** behandelt.

- 8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU/FDP, DIE LINKE/Die PARTEI, MitBÜRGER - Neues Forum zur Beanstandung des Stadtratsbeschlusses zur Personal- und Sachkostenausstattung der Fraktionen vom 24.09.2014 durch das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Vorlage: VI/2015/00753

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, begründete die Dringlichkeit mit dem Eingangsdatum des Schreibens zur ablehnenden Haltung des Landesverwaltungsamtes zur Finanzausschüttung der Fraktionen. Die Antragsteller hätten ohne Dringlichkeit keine Möglichkeit der Realisierung zur Einlegung eines Widerspruchs gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange** bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt
Vorlage: VI/2015/00753

Damit wird die Vorlage unter dem Tagesordnungspunkt **8.11** behandelt.

Herr Lange informierte über nachfolgende Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

- 6.7 Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“
Vorlage: VI/2014/12523

Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.

- 8.7 Antrag der Faktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Wegeleitsystem der Kultureinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00701

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion unter TOP 8.7.1 vor.

- 8.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Namensgebung „Talamt-Gymnasium“ für das neue Gymnasium in der Oleariusstraße 7
Vorlage: VI/2015/00681

Hierzu gab es eine Änderung des Beschlussvorschlages.

- 10.5 Mitteilung zur Prüfung bzgl. Verfolgung Wartezeit in den Bürgerservicestellen über eine App

Hierzu liegt eine Mitteilung vor.

Herr Krause, SPD-Fraktion, machte darauf aufmerksam, dass der Tagesordnungspunkt

- 7.2 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Neufassung der Geschäftsordnung der Stadt Halle (Saale) für den Stadtrat und seine Ausschüsse
Vorlage: VI/2014/00333

im Hauptausschuss zurückgezogen wurde.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, informierte darüber, dass man sich im Hauptausschuss darauf verständigt hatte, den Antrag für erledigt zu erklären, da eine Abarbeitung durch die Verwaltung erfolge.

In Bezug auf den Tagesordnungspunkt

8.5 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten
Vorlage: VI/2015/00692

merkte **Herr Scholtyssek** an, dass keine Notwendigkeit für eine erneute Beschlussfassung vorliege, da die Klage vom Gericht abgewiesen wurde. Aus diesem Grund werde der Antrag zurückgezogen.

Herr Dr. Meerheim teilte mit, dass der Änderungsantrag

8.7.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Wegeleitsystem der Kultureinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00749

von seiner Fraktion übernommen werde.

Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, bat um Verschiebung des Tagesordnungspunktes

7.3 Antrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur fortlaufenden Berichterstattung über Fortgang und Entwicklung aller Verbindlichkeiten der Stadt Halle (Saale) – Schuldenbericht
Vorlage: VI/2015/00527

in die Aprilsitzung des Stadtrates, da die Verwaltung die Vorlage des Schuldenberichtes für April 2015 signalisiert habe.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates**, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 25. Januar 2015
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 25. Februar 2015
- 3.3 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 25. Februar 2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 25.02.2015 gefassten Beschlüsse
Vorlage: VI/2015/00711

- 5. Bericht des Oberbürgermeisters
- 6. Beschlussvorlagen
- 6.1 Entlastung des Geschäftsführers und der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014
Vorlage: VI/2015/00633
- 6.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Vorlage: VI/2015/00676
- 6.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 im Geschäftsbereich IV
Vorlage: VI/2015/00594
- 6.4 Bebauungsplan Nr. 168 "Gewerbegebiet südlich der Dieselstraße" -
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00009
- 6.5 Straßenbestandsverzeichnis der Stadt Halle
Vorlage: VI/2014/00494
- 6.6 *Einziehung von Teilflächen der Dorotheenstraße und der Leipziger Straße*
Vorlage: VI/2015/00575 *vertagt*
- 6.7 Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des
Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“
Vorlage: V/2014/12523
- 6.7.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale)
„Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“ –
Vorlagen-Nr.: V/2014/12523
Vorlage: VI/2015/00716
- 6.8 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00303
- 6.9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.140.1 Nahversorgermarkt Alfred-Oelßner-Straße
- Aufhebungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00456
- 6.10 *Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss*
Vorlage: VI/2014/00485 *vertagt*
- 6.11 *Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss*
Vorlage: VI/2014/00486 *vertagt*
- 6.12 Vereinnahmung von Spendenmitteln zur Finanzierung des städtischen Eigenmittelanteils
für den 4. Bauabschnitt, speziell des Dachgeschossausbaues, des Umbaus und der
Sanierung der Steintorschule zur Jugendherberge, Große Steinstraße 60
Vorlage: VI/2014/00459
- 6.13 Bürgerhaushalt Vorschlag B 82 - Solarkarte
Vorlage: VI/2015/00553

- 6.14 Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Bereinigung eines vergabe- und beihilfenrechtswidrigen Zustandes im Fall des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00740
- 6.15 Zustimmung zur Annahme von Geldspenden
Vorlage: VI/2015/00739
- 6.16 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen Dritter
Vorlage: VI/2015/00745
7. Wiedervorlage
- 7.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu anwaltlichen Beratungsverträgen
Vorlage: VI/2014/00325
- 7.2 *Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion zur Neufassung der Geschäftsordnung der Stadt Halle (Saale) für den Stadtrat und seine Ausschüsse*
Vorlage: VI/2014/00333 abgesetzt
- 7.3 *Antrag des Stadtrates André Cierpinski (CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)) zur fortlaufenden Berichterstattung über Fortgang und Entwicklung aller Verbindlichkeiten der Stadt Halle (Saale) – Schuldenbericht*
Vorlage: VI/2015/00527 vertagt
- 7.4 *Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhöhung der Mittel im Bereich der investiven Sportförderung*
Vorlage: VI/2015/00574 vertagt
- 7.5 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung einer öffentlichen Toilette am Wasserspielplatz in Heide-Süd*
Vorlage: VI/2015/00526 vertagt
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 Antrag der Fraktionen CDU/FDP, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg
Vorlage: VI/2015/00666
- 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg
Vorlage: VI/2015/00710
- 8.3 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines IT Infrastrukturkonzeptes für die IT Landschaft an halleschen Schulen.
Vorlage: VI/2015/00667
- 8.4 Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion zur Aufzeichnung und Veröffentlichung der Sitzungen des Stadtrates mittels geeigneter Medien
Vorlage: VI/2015/00668
- 8.5 *Antrag der CDU/FDP-Fraktion zum Neubau einer Eisenbahnbrücke in der Merseburger Straße, Haltepunkt Rosengarten*
Vorlage: VI/2015/00692 abgesetzt

- 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Kombi-Eintrittskarte für Museen der Stadt Halle, des Landes Sachsen-Anhalt sowie weiterer musealer Einrichtungen der Stadt Halle unter Einbeziehung der HAVAG
Vorlage: VI/2015/00700
- 8.7 Antrag der Faktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Wegeleitsystem der Kultureinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00701
- 8.7.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Wegeleitsystem der Kultureinrichtungen der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: VI/2015/00749 *abgesetzt*
- 8.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Namensgebung „Talamt-Gymnasium“ für das neue Gymnasium in der Oleariusstraße 7
Vorlage: VI/2015/00681
- 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten
Vorlage: VI/2015/00694
- 8.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeit
Vorlage: VI/2014/00392
- 8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU/FDP, DIE LINKE/Die PARTEI, MitBÜRGER - Neues Forum zur Beanstandung des Stadtratsbeschlusses zur Personal- und Sachkostenausstattung der Fraktionen vom 24.09.2014 durch das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Vorlage: VI/2015/00753
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zum Arbeits- und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter in der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2015/00669
- 9.2 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion – kommunaler Straßenbau -
Vorlage: VI/2015/00675
- 9.3 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Verbesserung der städtischen Wirtschaftsförderung
Vorlage: VI/2015/00679
- 9.4 Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Gestaltung des Tunnels zu den Franckeschen Stiftungen
Vorlage: VI/2015/00706
- 9.5 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zum „Tag der Musik 2015“
Vorlage: VI/2015/00690

- 9.6 Anfrage der Stadträtin Annegret Bergner (CDU/FDP-Fraktion) zur Verwendung der Mittel des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) durch die Stadt Halle.
Vorlage: VI/2015/00691
- 9.7 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur interkulturellen Kompetenz und Mehrsprachigkeit in der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2015/00704
- 9.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum aktuellen Stand der Ufersicherung im Bereich Halle (Saale) OT Planena
Vorlage: VI/2015/00535
- 9.9 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum geplanten Umbau einer Abbiegespur am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2015/00671
- 9.10 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zur möglichen Erhöhung der Kitagebühren
Vorlage: VI/2015/00672
- 9.11 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Lärmschutzmaßnahmen am Rosengarten
Vorlage: VI/2015/00673
- 9.12 Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer (CDU/FDP-Fraktion) zu Nebentätigkeiten/Nebenbeschäftigungen
Vorlage: VI/2015/00688
- 9.13 Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer (CDU/FDP-Fraktion) - Überstunden
Vorlage: VI/2015/00689
- 9.14 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet
Vorlage: VI/2015/00593
- 9.15 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Kosten bei der Erstellung von Bebauungsplänen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00693
- 9.16 Anfrage des Stadtrates Marcel Kieslich (DIE LINKE/Die PARTEI) zur Präsenz der Bundeswehr in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00678
- 9.17 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr
Vorlage: VI/2015/00686
- 9.18 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Vergabe von HFC-Freikarten an ehrenamtlich Engagierte
Vorlage: VI/2015/00687

- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erlaubnispflicht für HundetrainerInnen
Vorlage: VI/2015/00606
- 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00607
- 9.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“
Vorlage: VI/2015/00696
- 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Investitionen an Spielplätzen
Vorlage: VI/2015/00702
- 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung der Mobilitätskosten der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2015/00703
- 9.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Plan der Umsetzung der Maßnahmen der Radverkehrskonzeption
Vorlage: VI/2015/00705
- 9.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/00709
- 9.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Verunreinigung von Straßen durch privat bewirtschaftete Parkplätze in Baulücken
Vorlage: VI/2015/00695
10. Mitteilungen
- 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2015/00674
- 10.2 Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen
Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz, Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt, ÖPNV-Schnittstelle Halle-Nietleben und Instandsetzung Giebichensteinbrücke
Vorlage: VI/2015/00587
- 10.3 Tourismuswirtschaftliches Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum (TWGK)
Vorlage: VI/2015/00545
- 10.4 Information zur Schulspeisung
- 10.5 Mitteilung zur Prüfung bzgl. Verfolgung Wartezeit in den Bürgerservicestellen über eine App
11. mündliche Anfragen von Stadträten

- 11.1 mdl. Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zum Schulbeginn Grundschule Hanoier Straße
- 11.2 mdl. Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zu Dolmetscherleistungen Grundschule Hanoier Straße
- 11.3 mdl. Anfrage SPD-Fraktion zum Standort DLRG
- 11.4 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Umbaumaßnahmen in der Delitzscher Straße
- 11.5 mdl. Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Brachflächenkataster
- 11.6 mdl. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung Livestream Ratssitzungen
- 11.7 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Erhöhungen der Preise von Halleschen Schwimmvereinen
- 11.8 mdl. Anfrage Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Realisierung des Beschlusses der Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II
- 12. Anregungen
- 13. Anträge auf Akteneinsicht
- 13.1 Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI in die Unterlagen des KulturTreff Halle-Neustadt
- 13.2 Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zu Antragstellungs-, Auszahlungs- und Verwendungsnachweisverfahren zu den Bedarfszuweisungen für Mehraufwendungen nach dem Aufnahmegesetz für 2014

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 25. Januar 2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 6. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.01.2015.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 25. Februar 2015

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 25.02.2015.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

In Bezug auf den Zoologischen Garten Halle informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die zweite Runde des Verfahrens zur Auswahl des Zoodirektors bzw. der Zoodirektorin im Aufsichtsrat am 30.03.2015. Im Anschluss daran finde die Aufsichtsratssitzung statt. Ob es zu einer Benennung kommen wird, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Er informierte weiter darüber, dass alle Vorschläge aus dem Ideenwettbewerb dem Aufsichtsrat präsentiert und dem neuen Zoodirektor bzw. der Zoodirektorin zur Bewertung vorgestellt werden. Zu den Eckdaten des Wettbewerbes nannte er 35 Einsendungen, zehn prämierte Einzelideen und über 100 Einzelvorschläge, welche in Themenbereichen aufgearbeitet worden sind. Eine Übersicht dazu werde er in der Aufsichtsratssitzung zur Verfügung stellen.

Abschließend machte er deutlich, dass es derzeit kein Zookonzept gäbe, obwohl es über mehrere Jahre angefordert wurde. Deshalb sei es zwingend erforderlich, den Ist-Stand des Zoos zu ermitteln. Zusätzlich erfolge die Suche nach Sponsoren.

Momentan werde zum Themenbereich Wirtschaft durch die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Konzern Stadt ein Wirtschaftskonzept erstellt. Dazu sei ein Workshop mit ein bis zwei Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen am Samstag, dem 18.04.2015, geplant.

Im Workshop sollen Schwerpunktthemen herausgearbeitet und in Gruppen intensiv diskutiert werden, um bereits im Vorfeld die Mitglieder der Fraktionen einzubinden. Nach Erstellung des Wirtschaftskonzeptes werde dies dem Stadtrat vorgelegt.

Bezugnehmend auf die aktuelle Situation bei eBay berichtete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über den Baufortschritt und verwies dabei auf den erfolgten Neubau und die Vorbereitung der Zufahrten. Damit befinde sich der Bau für das Unternehmen kurz vor dem Abschluss.

Zur Entwicklung des Riebeckplatzes informierte er über die Erstellung einer Vorlage verbunden mit der Frage, inwieweit die Verwaltungsstandorte möglicherweise verringert und am Riebeckplatz ein Verwaltungszentrum initiiert werden könnten.

Die bis 2019 zur Verfügung stehenden Investitionen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro würden, auch nach Rücksprache mit dem Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, deutlich machen, dass die Zeit genutzt werden müsse, um wesentliche Projekte innerhalb der Stadt anzugehen und Fördermittel zu generieren. Möglicherweise werde es für viele Jahre nicht möglich sein, Fördermittel in dieser Höhe einzuwerben.

In Bezug auf die Investitionen der Deutschen Bahn verwies er auf die Fertigstellung der Bahnlinie zur Zugbildungsanlage und die dahinter liegende, schon fertiggestellte Straße.

Im Rahmen des Quartiermanagements beteilige sich die Stadt intensiv an der Unterstützung des Informationspunktes der Deutschen Bahn, um alle Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu beantworten.

Am Steintor haben die Bauarbeiten begonnen, die Umleitungen seien eingerichtet und der Verkehr laufe momentan in den Spitzenzeiten relativ fließend.

Weiterhin informierte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über die Bautätigkeiten am Finanzamt. Der Baufortschritt seit dem letzten Monat sei erheblich, nach wie vor gäbe es das Signal der Einhaltung des Bauzeitenplanes.

Bezüglich des Gimritzer Dammes verwies er auf die schon ausführlich besprochene Gefahrensituation. Derzeit ruhen die Bauarbeiten. Durch das Landesverwaltungsamt wurde Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht in Magdeburg gegen den verhängten Baustopp eingelegt.

Des Weiteren informierte er über ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes vom heutigen Tag, dass vor Beendigung der verwaltungsgerichtlichen Streitigkeiten nicht mit einer Entscheidung über den Widerspruch zum Beschluss des Stadtrates bzgl. einer neuen Linienführung des Gimritzer Dammes gerechnet werden kann.

In Bezug auf die Eissporthalle wurde das kreditähnliche Rechtsgeschäft durch das Landesverwaltungsamt mit Schreiben vom 10.02.2015 bestätigt. Eine Kopie des Bescheides wurde den Fraktionen zugesandt.

In diesem Zusammenhang wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hin, dass dringend darum gebeten wurde, die Schuldenübernahme aus Gründen der Rechtssicherheit durch die EU-Kommission genehmigen zu lassen, was in der Eigenverantwortung der Stadt liege. Dem wurde Folge geleistet und der entsprechende Vermerk über die fehlende Binnenmarktrelevanz vorgelegt. Eine Antwort des Landesverwaltungsamtes stehe noch aus.

Parallel dazu laufe das Verfahren zur außerordentlichen Kündigung der alten Eissporthalle. Laut Ankündigung des Gerichtes soll darüber am morgigen Tag entschieden werden.

Zum Haushalt 2015 merkte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** an, dass man sich im Rahmen der Kredite in Höhe von 340 Mio. Euro an der Liquiditätsgrenze bewege.

In den letzten Wochen wurde bereits mit den Vorbereitungen für den Haushalt 2016 begonnen. Dabei würden die Politikbereiche und die Gesamtbudgets in den jeweiligen Geschäftsbereichen diskutiert. Diesbezüglich werde es ein Angebot an die Fraktionen geben, die Schwerpunkte in den Politikbereich zu beraten.

Im Hinblick auf den Widerspruch des Oberbürgermeisters zur Anhebung der Fraktionsfinanzierung informierte er über die Beanstandung der Entscheidung des Stadtrates durch das Landesverwaltungsamt.

Dabei wurde auch auf den Haushaltsgrundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit hingewiesen. Die Aufwendungen, die insgesamt im laufenden Ausführungsverfahren des Haushaltes und auch bei den Planungen lägen, dürften auf Grund der schwierigen Konsolidierung der Stadt Halle das unbedingt notwendige Maß nicht überschreiten.

zu 6 Beschlussvorlagen

zu 6.1 Entlastung des Geschäftsführers und der Mitglieder des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle für das Geschäftsjahr 2013/2014 Vorlage: VI/2015/00633

(Dem Mitwirkungsverbot zum Beschlusspunkt 2. nach § 33 KVG LSA unterlagen Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, Herr Dr. Wöllenweber, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.)

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

zugestimmt

Einzelpunktabstimmung

B.-Punkt 1 mehrheitlich zugestimmt

B.-Punkt 2 mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Dem Geschäftsführer der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle, Herrn Rolf Stiska, wird für das Geschäftsjahr 2013/2014 Entlastung erteilt.
2. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle wird für das Geschäftsjahr 2013/2014 Entlastung erteilt.

**zu 6.2 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und Entlastung des
Oberbürgermeisters
Vorlage: VI/2015/00676**

(Dem Mitwirkungsverbot zum Tagesordnungspunkt 6.2 nach § 33 KVG LSA unterlag Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand.)

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zum TOP 6.2 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Wir kommen zur Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und der Entlastung des Oberbürgermeisters.

Hierzu möchte Herr Krause etwas sagen.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender.

Für uns hat sich die Situation gegenüber der Beschlussfassung beim letzten Mal nicht verändert.

Das Landesverwaltungsamt hat in seiner Stellungnahme beziehungsweise Verfügung nicht alles gefasst, was in der Diskussion als Begründung angeführt worden ist. Sie hat lediglich das gefasst, was Herr Cierpinski vorgetragen hat aus dem Kommentar, mit Blick auf die Rechtsfolgen.

Nicht berichtet oder nicht einbezogen ist das, was Herr Häder gesagt hat. Das war sozusagen eigentlich der Kern dessen, warum der Stadtrat nicht zugestimmt hat, nämlich der Hinweis auf das laufende Verfahren.

Und mit Einlegen von der Revision durch die Staatsanwaltschaft ist das Verfahren, zumindest rein rechtlich, noch nicht beendet und damit sozusagen auch noch kein rechts-sicherer Zustand hergestellt worden.

Wir haben uns nicht in der Lage gesehen, auch als Fraktion, auf die Verfügung des Landes-verwaltungsamtes dazu Rechtsmittel einzulegen. Weil, die Verfügung ist wohl geschrieben worden am 18. Februar und eingegangen in der Verwaltung am 20. Februar. Wir haben sie erst am 11. März erhalten.

Und am 18. März war sozusagen Ende der Frist. Das heißt, wir sind ehrenamtliche Stadträte, wir waren nicht in der Lage, ohne Rechtsberatung waren wir nicht in der Lage, dazu jetzt sozusagen einen qualifizierten Widerspruch fristgerecht zu schicken.

Ich möchte nochmal auf diese Begründung hinweisen, die letztendlich zu der Entscheidung des Stadtrates geführt hat in dem Punkt 3 - Punkt 1 und 2 hatten wir ja entlastet - und darauf hinweisen, dass in dem, was da zitiert worden ist, nach § 120 Kommunalverfassungsgesetz, wir schon, wenn wir den Kommentar von Gundlach, Klang und Kirchmer auf der Seite 572 lesen, ein Verstoß des Oberbürgermeisters im haftungs- und disziplinarrechtlichen Bereich sehen. Und wir werden deswegen aus diesem Grund als Fraktion nicht zustimmen.

Herr Lange

Gut, gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen, wenn Sie der Entlastung zustimmen möchten.
Die Gegenstimmen?

Und die Stimmenenthaltungen?

Gut, das möchte ich bitte auszählen lassen.

Bitte nochmal die Ja-Stimmen?

Die Gegenstimmen?

Und die Stimmenenthaltungen?

Ende des Wortprotokolls.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

18 Ja-Stimmen

21 Nein-Stimmen

7 Enthaltungen

Beschluss:

Der Stadtrat erteilt für den Zeitraum vom 01.01.2012-30.11.2012 der Oberbürgermeisterin a.D., für den Zeitraum vom 01.12.2012-31.12.2012 dem Oberbürgermeister gem. § 108a Abs. 1 Satz 4 GO LSA für den Jahresabschluss zum 31.12.2012 die Entlastung.

zu 6.3 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 im Geschäftsbereich IV Vorlage: VI/2015/00594

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, verwies auf die Mehrausgaben in Höhe von 4 Mio. Euro in Bereichen, die die Stadt Halle nicht beeinflussen kann, da diese weitestgehend durch Bundesgesetz bestimmt wären. Dies betreffe sowohl die Kosten der Unterkunft, die Leistungen nach dem Aufnahmegesetz, wie auch die Grundsicherung im Alter, welche bundesgesetzliche Ansprüche seien, die die Stadt zu tragen habe.

Hier gäbe es durch die gesellschaftliche Entwicklung in der Stadt Mehraufwendungen in Höhe von 4 Mio. Euro, welche mit eigenen Mitteln gegenfinanziert werden müssen.

In der Beratung des Finanzausschusses habe er schon auf die schwierige Darstellung hingewiesen, weil die Abgrenzung zwischen Aufwand und Auszahlung unklar sei. Besonders auffällig stelle sich dies bei der Grundsicherung im Alter dar. Diese wurde im Jahr 2014 zu 100 % durch den Bund übernommen. Das bedeute, der Mehraufwand für die Stadt müsse durch entsprechende Gegenleistung des Bundes gegenfinanziert werden.

Dass es sich laut der Darstellung möglicherweise nicht um Aufwand, sondern um kassenwirksame Vorgänge handelt, die nicht Aufwand oder Ertrag darstellen, gehe aus der Vorlage allein nicht hervor.

Für die Zukunft sollte man eine günstigere Darstellungsform wählen und Aufwand und Ertrag sowie Einzahlung und Auszahlung besser abgrenzen, damit die Übernahme durch den Bund zu 100 % für die Grundsicherung im Alter deutlich werde. Oder aufgrund des Zahlungsverzuges durch den Bund Kassenkredite aufgenommen werden müssten.

Herr Bürgermeister Geier sicherte zu, für künftige Vorlagen die über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen, Erträge oder Einzahlungen betreffend, das Deckungsverfahren transparenter darzustellen und die Hinweise aus dem Finanzausschuss aufzunehmen.

In der vorliegenden Vorlage sei dies noch nicht der Fall. Die Deckung werde aber trotzdem sichergestellt und gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen als periodengerechte Abgrenzung zum Haushaltsjahr 2014 für folgende Produkte:

- 1.) 1.31102 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Sachkontengruppe 53000000/ 73000000 Transferaufwendungen in Höhe von **959.800 Euro**
- 2.) 1.31201 Leistungen nach SGB II
Sachkontengruppe 54000000/ 74000000 Sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von **790.553 Euro** und
- 3.) 1.31301 Hilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
Sachkontengruppen 53000000/ 73000000 Transferaufwendungen in Höhe von **2.685.982 Euro**.

Die Deckung erfolgt aus folgenden Produkten/Leistungen:

1.24101 Schülerbeförderung
Sachkonto 54290100/ 74290100 Schülerbeförderung in Höhe von **300.000 Euro**;
1.31102 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
Sachkonto 41419000/ 61419000 Zuweisung vom Land in Höhe von **457.385 Euro** sowie
Sachkontengruppe 42000000/ 62000000 Sonstige Transfererträge in Höhe von **289.799 Euro**;

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt das Straßenbestandsverzeichnis der Stadt Halle (Saale).

Dieses Straßenbestandsverzeichnis ist nach ortsüblicher Bekanntmachung sechs Monate lang zur Einsicht auszulegen.

**zu 6.7 Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“
Vorlage: V/2014/12523**

**zu 6.7.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“ – Vorlagen-Nr.: V/2014/12523
Vorlage: VI/2015/00716**

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag seitens der Verwaltung geändert wurde.

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, informierte darüber, dass in drei Ausschüssen über den Antrag mit unterschiedlichen Ergebnissen diskutiert wurde, was den Grund für die Einbringung des Antrages seiner Fraktion in den Stadtrat darstellt.

Mit dem Antrag soll die Förderrichtlinie um den Punkt zur Förderfähigkeit der Sanierung von Strom- und Wasserleitungen in Kleingärten ergänzt werden. Es gehe um eine Summe von 10.000 Euro für ein Jahr und für alle Maßnahmen insgesamt. Sollte sich dabei herausstellen, dass 90 % der Mittel für Strom- und Wasserleitungen verwendet werden, könne man dies auch noch im nächsten Jahr korrigieren.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, erinnerte an das der Förderrichtlinie zugrunde liegende Kleingartenkonzept, welches im Stadtrat beraten und beschlossen wurde. Darin habe man festgestellt, dass die Kleingärten für die Stadt zwar ein wichtiger ökologischer Ausgleichsfaktor und wichtig für die Stadterholung seien, es aber auch in vielen Kleingartensparten Probleme bezüglich des Nachwuchses und der Attraktivität von Anlagen gäbe.

In Anbetracht der aufgezeigten Probleme in den Kleingärten seien mehr als die vorgeschlagenen 10.000 Euro erforderlich.

Seine Fraktion werde sich deshalb bei der Abstimmung zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion der Stimme enthalten, da ihrer Meinung nach mit der aufgeführten Höhe der Fördermittel das Problem nicht wirklich gelöst werde.

Auch **Herr Krause, SPD-Fraktion**, hielt den Änderungsantrag aufgrund des vorhandenen, niedrigen Budgets nicht für zustimmungsfähig.

zu 6.7.1 **Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“ – Vorlagen-Nr.: V/2014/12523**
Vorlage: VI/2015/00716

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

15 Ja-Stimmen

21 Nein-Stimmen

9 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

I.

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Förderfähig sind Aufwendungen zur Sanierung von Gemeinschaftseinrichtungen innerhalb bestehender Kleingartenanlagen (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 Bundeskleingartengesetz), soweit sie den Aufgaben des Kleingartenwesens entsprechen. Dazu zählen beispielsweise:

- Vereinsheime (außer verpachtete und Neubauten),
- Außeneinfriedungen,
- Wege,

sowie die Aufwendungen für Neuanlage oder Sanierung von

- Kinderspielplätzen,
- Erholungsflächen und –einrichtungen,
- Stellplätzen mit Schotterdecken,
- **Sanierung / Neuinstallation von Strom- und Wasserleitungen**

Die betreffenden Textpassagen in der Sachdarstellung / Begründung sowie der Förderrichtlinie sind entsprechend anzupassen.

II.

4. Zuwendungsvoraussetzungen

...

~~4.2 Voraussetzung einer Förderung nach dieser Richtlinie ist, dass die förderfähige Maßnahme nach Ziffer 2.1 bis Ziffer 2.3 Entwicklungsziele der Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale) verfolgt (siehe Anlage zu dieser Richtlinie). Eine Förderung kann grundsätzlich nur für Kleingartenanlagen erfolgen, die im Zielkonzept der Kleingartenkonzeption als „Prioritäre Erhaltungsbereiche“ oder „Erhaltungsbereiche mit optionaler Umstrukturierung“ eingestuft sind. In „Umstrukturierungsbereichen“ mit dem Entwicklungsziel „Rückbau bei Leerstand“ ist davon abweichend eine Förderung nach Ziffer 2.2 und Ziffer 2.3 dieser Richtlinie möglich. Dient die zu fördernde Maßnahme auch der Erholungsnutzung, ist eine Fördervoraussetzung die zeitlich angemessene und (soweit möglich) barrierefreie Zugänglichkeit der Kleingartenanlage für die Öffentlichkeit. Die Stadt Halle (Saale) entscheidet über die Priorität der zu fördernden Maßnahmen.~~

zu 6.7 **Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“**
Vorlage: V/2014/12523

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt zur Umsetzung der Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale), Stadtratsbeschluss vom 24.04.2013 (V/2012/10759), ~~gemäß § 4 des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)~~ die Förderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens in der Stadt Halle (Saale)“.
2. Abweichend von den in der Richtlinie vorgesehenen Antragsfristen kann ein Antrag auf die Vergabe von städtischen Fördermitteln aus dem Haushaltsjahr 2015 bis zum 30. April 2015 bei der Antragsstelle eingereicht werden. Die Anträge sind von der Antragsstelle nach Prüfung auf Förderfähigkeit und Vollständigkeit bis zum 31. Mai 2015 bei der Bewilligungsstelle einzureichen.

**zu 6.8 Bebauungsplan Nr. 158 "Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee" -
Satzungsbeschluss**
Vorlage: VI/2014/00303

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

26 Ja-Stimmen
19 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr. 158 „Freizeit- und Erholungsraum Hufeisensee“ gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 14.11.2014 als Satzung.
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 14.11.2014 wird gebilligt.

**zu 6.9 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr.140.1 Nahversorgermarkt Alfred-
Oelßner-Straße - Aufhebungsbeschluss**
Vorlage: VI/2014/00456

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 140.1 Nahversorgermarkt Alfred-Oelßner-Straße vom 26.11.2008 (Beschlussnummer IV/ 2008/ 07443).

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Verwaltung empfiehlt den Bürgervorschlag abzulehnen und keine separate Solarkarte zu entwickeln. Diese freiwillige Leistung würde zusätzliche Kosten verursachen und Personalressourcen binden. Positive Effekte wären bei einer Umsetzung dieses Vorschlags nicht zu erwarten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt in diesem Sinne der Bürgerin bzw. dem Bürger, die ihren bzw. der seinen Vorschlag eingebracht hat, zu antworten und die Entscheidung auf der Plattform zu kommunizieren.

**zu 6.14 Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes zur Bereinigung eines vergabe- und beihilfenrechtswidrigen Zustandes im Fall des Ersatzneubaus Kurt-Wabbel-Stadion der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00740**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über die Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 11.03.2015, welche nach einer Prüfungszeit von drei Jahren, eingeleitet durch den Landesrechnungshof, nach mehrfachen Prüfungen durch das Landesverwaltungsamt, mit Rückkopplungen des Innenministeriums, entstand.

Er zitierte folgende Aussagen der Verfügung:

- „1. Die Verträge zwischen der Stadt und der Stadion Halle Betriebs GmbH (SHB) sind rechtswidrig. Es liegen Verstöße gegen Vergabe- und EU-Beihilferecht vor.
2. Die Dienstleistungsaufgaben, die von der Stadion Betriebs GmbH organisiert werden und eingeleitet worden sind, einschließlich Pacht- und Zuschussverträge, sind neu auszusprechen. Ziel ist es, einen geringsten Zuschussbedarf oder eine Aufgabenerledigung durch die Stadt selbst herbeizuführen.
Das kann man in der Art tun, indem man einen Rückkauf der Gesellschafterteile vorsieht oder aber einen Eigenbetrieb gründet.
3. Die Verträge zwischen der Stadion Halle Betriebs GmbH und dem Halleschen Fußballclub sind aufzulösen und zu beenden.“

In Bezug auf die Rechtsbeziehungen führte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** aus, dass die Stadt Halle mit einem Anteil von 51 % an der Stadion Halle Betriebs GmbH beteiligt sei, die Stadion Halle GbR mit unterschiedlichen Partnern aus dem Baubereich mit 28 % und der HFC mit 21 %.

Nach Gesprächen mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes sei deutlich geworden, dass besonders die Stadion Halle Betriebs GmbH und die Rechtsverhältnisse zum HFC kritisiert werden.

Aktueller Stand der Diskussion sei, dass die Gesellschafter, die Stadion Halle GbR und der HFC, in den letzten Monaten bereits ihre Absicht zum Ausscheiden aus der Stadion Halle Betriebs GmbH signalisiert haben. Dies bedeute das Entfallen der Anordnungsverfügung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug zum weiteren Verfahren vor, eine Halteposition einzunehmen.

Durch das Signalisieren des Ausscheidens der beiden Gesellschafter sei es ebenfalls wichtig, Widerspruch einzulegen und anschließend das Verwaltungsamt zu bitten, das Verfahren ruhen zu lassen. Damit hätte man die Möglichkeit, die Vorgehensweise in der Stadion Betriebs GmbH und das Ausscheiden der beiden Gesellschafter zu regeln.

Diese Verfahrensweise wurde durch das Landesverwaltungsamt als ein möglicher Weg beschrieben, Rechtssicherheit zu bekommen.

In einem zweiten Schritt müssten die Verträge zum HFC selbst geprüft werden, da es den Anschein gäbe, dass ein Profiverein aus Sicht der öffentlichen Hand gefördert werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand empfahl, Widerspruch einzulegen und dem Land vorzuschlagen, das Verfahren ruhen zu lassen, um im Anschluss daran die Vertragsverhältnisse in der Gesellschaft aufarbeiten zu können.

Alle anderen Wege würden umfangreiche Rechtsstreitigkeiten und langwierige Verfahren bedeuten. Er bat deshalb um Zustimmung zu seinem Vorschlag.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte im Namen seiner Fraktion die vorgeschlagene Verfahrensweise für falsch, weshalb der Beschlussvorlage nicht zugestimmt werden könne.

Er begründete die Entscheidung mit der Sicht seiner Fraktion auf die Nachvollziehbarkeit und Stichhaltigkeit der Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht. Die geschlossenen Verträge würden eindeutig dem EU-Recht widersprechen und seien damit rechtswidrig. Aus diesem Grund könne er den Widerspruch gegen die Verfügung des Landesverwaltungsamtes nicht nachvollziehen.

Statt einer Beschlussvorlage für einen Widerspruch hätte er von der Verwaltung Vorschläge zur Umsetzung der Verfügung erwartet.

Seine Fraktion erwarte eine klare Aussage, ob die Verfügung der Kommunalaufsicht von der Verwaltung als zutreffend oder nicht zutreffend angesehen wird. Wenn sie zutreffend sei, müsse kein Widerspruch eingelegt, sondern mit der Kommunalaufsicht über die Umsetzung der Verfügung geredet werden. Im anderen Fall sei ein Gerichtsverfahren anzustrengen.

Herr Wehrich machte weiterhin deutlich, kein Verständnis dafür zu haben, dass das Verfahren schon seit drei Jahren laufe. In dieser Zeit hätte die Verwaltung sich eine Meinung bilden und heute eindeutig ihre Auffassung dazu darlegen können.

Aus seiner Sicht gäbe es keine Anhaltspunkte dafür, dass die Kommunalaufsicht unzutreffendes anordnete, sondern alles sei zutreffend und die Verträge rechtswidrig. Man sollte sich jetzt gemeinsam verabreden, wie dieser Verfügung beigetreten und diese umgesetzt werden kann.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass für die Stadt ein sehr hohes Risiko besteht und man in den Bereichen des EU-Rechts und dem Auslegen der Tatbestandsvoraussetzungen unterschiedlicher Meinung sein kann.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zu, welcher sich an die Verabredungen im Hauptausschuss hielt.

Bezüglich der beiden Gesellschafter fragte er an, wann diese ihr Ausscheiden signalisiert hätten. Darüber hinaus sollte heute der Beschluss zur Einreichung des Widerspruchs gefasst werden, da man Zeit gewinne, gegenüber dem Landesverwaltungsamt die weitere Verfahrensweise zu erklären.

Die Nachfrage von Herrn Krause beantwortete **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass die Gesellschafter schon vor dem Bescheid des Landesverwaltungsamtes ihr Ausscheiden signalisierten. Seit mindestens einem halben Jahr sei der Wunsch der Mitgesellschafter aufgekommen, aus der Gesellschaft auszuscheiden.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, informierte darüber, dass seine Fraktion, vor dem Hintergrund der heute gemachten Ausführungen des Oberbürgermeisters und der im Hauptausschuss getroffenen Absprache, der Vorlage zustimmen werde. Die Vorlage stelle einen richtigen Schritt dar, um Rechtsfrieden herzustellen.

Er wies aber auch darauf hin, dass die Stadion Betriebs GmbH vom Landesverwaltungsamt genehmigt wurde und das Konstrukt bekannt war. Offensichtlich habe das Landesverwaltungsamt damals eine andere Position vertreten als heute dargestellt.

Mit dem heutigen Beschluss begeben sich die Verwaltung auf eine Gesprächsebene mit dem Landesverwaltungsamt, um nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. Deshalb erhalte der vorliegende Beschluss die volle Unterstützung seiner Fraktion.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, merkte an, dass es bereits in der Vergangenheit unterschiedliche Auffassungen und Bewertungen von Seiten des Landesverwaltungsamtes zu dieser Thematik gab.

Auch er halte die von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand vorgeschlagene Verfahrensweise für die bestmögliche Lösung.

Den Ausführungen von Herrn Wehrich könne er nicht folgen, da der Vorschlag zur Einlegung des Widerspruchs und dem Ruhenlassen des Verfahrens sowie die gemeinsame Findung einer Lösung mit dem Landesverwaltungsamt zukünftige Rechtssicherheit gäbe. In diesem Zusammenhang fragte **Herr Wolter** nach dem eventuellen Prozessrisiko.

Abschließend erklärte er im Namen seiner Fraktion die volle Unterstützung des Vorschlages des Oberbürgermeisters und Zustimmung zur Vorlage.

In Bezug auf die Anfrage von Herrn Wolter zum Prozessrisiko wies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf das interne Verhältnis und zukünftige Rechtsstreitigkeiten hin. Aus diesem Grund werde er im nicht öffentlichen Teil der Stadtratssitzung eine Mitteilung dazu geben.

Herr Wehrich machte deutlich, dass er die Nichtöffentlichkeit der Antwort durch Herrn Oberbürgermeister sowie die vorgeschlagene Verfahrensweise und Empfehlung, nicht vor das Verwaltungsgericht zu gehen, nicht nachvollziehen könne.

Nach seinen Informationen wurde das Landesverwaltungsamt auch nicht in die Gründung der Stadion Betriebs GmbH einbezogen, was durch den Landesrechnungshof festgestellt wurde.

Ebenso wurde durch diesen schon im Jahr 2012 darauf hingewiesen, dass das vom HFC zu leistende Nutzungsentgelt für die Überlassung des Stadions in einem unwirtschaftlichen Verhältnis zu den Aufwendungen der Stadion Betriebsgesellschaft steht. Schon damals hätte man sich mit diesen Fragen beschäftigen müssen.

Herr Wehrich machte noch einmal deutlich, den Widerspruch nicht zu befürworten, sondern gemeinsam mit der Kommunalaufsicht daran arbeiten zu wollen, einen rechtskonformen Zustand herzustellen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, fristwährend Widerspruch gegen die Anordnungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 11. März 2015 - Az. 206.5.3-46106 MI 02/13 – einzulegen.

zu 6.15 Zustimmung zur Annahme von Geldspenden
Vorlage: VI/2015/00739

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von Geldspenden in Höhe von

1. 20.000,00 Euro für die Stadtbibliothek
PSP 1.27201
2. 1.500,00 Euro für das Konservatorium „Georg Friedrich Händel“
PSP 1.26301

zu 6.16 Zustimmung zur Annahme von Zuwendungen Dritter
Vorlage: VI/2015/00745

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA für das ESF-Bundesprogramm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)“ in den Jahren 2015 bis 2018 die Annahme von Zuwendungen Dritter in Höhe von bis zu

1. **102.416,00 €** von der SPI-Soziale Stadt- und Land Entwicklungsgesellschaft mbH
PSP 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
 2. **37.751,00 €** von der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
PSP 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
 3. **14.759,00 €** von dem Halle-Neustadt-Verein e.V.
PSP 1.57104 Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
2. Die Stadt Halle wird ermächtigt, die für die Umsetzung des Projektes notwendigen Vereinbarungen mit den KooperationspartnerInnen zu schließen.

zu 7 Wiedervorlage

zu 7.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zu anwaltlichen Beratungsverträgen Vorlage: VI/2014/00325

Frau Krischok, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, informierte über die erfolgte Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss zu diesem Thema, in welchem mit einer Stimmenenthaltung dem Antrag zugestimmt wurde. Sie bat um Zustimmung des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sprach sich ebenfalls für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Er entschuldigte sich für den Fehler innerhalb der Verwaltung, welcher darin bestand, dass es zwei Verträge mit mehreren Durchschriften zu unterschiedlichen Zeiten gab. Er habe sich persönlich bei den entsprechenden Personen entschuldigt.

Momentan würden die Daten vom Rechnungsprüfungsamt aufbereitet und eine Antwort vorbereitet.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stimmte ebenfalls für den Antrag.

Gleichzeitig erinnerte er an seine im September 2013 gestellte Anfrage zu diesem Thema an Herrn Oberbürgermeister. Im November/Dezember habe er diese schriftlich formuliert und im Januar 2014 eine Antwort dahingehend bekommen, dass keine Antwort gegeben werden kann, da es im Ermessen des Oberbürgermeisters liege.

Auf eine Vielzahl weiterer Anfragen zu diesem Sachverhalt wurde im Juni 2014 durch den Oberbürgermeister erklärt, mit Blick auf die Vorermittlungen zum Disziplinarverfahren keine Antworten geben zu können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt
1 Enthaltung

Beschluss:

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Rechnungsprüfungsamt wird beauftragt, die folgenden, zwischen dem Oberbürgermeister und der Kanzlei Anwälte am Dom – Dr. Moeskes Rechtsanwälte geschlossenen anwaltlichen Beratungsverträge

1. Rechtliche außergerichtliche Beratung zum OB-Erlass vom Dezember 2012 zu den geplanten personellen Veränderungen in der Verwaltung vom 2. 1. 2013 einschließlich Honorarvereinbarung über 15.000 € im Jahr 2013
2. Rechtliche außergerichtliche Beratung zum OB-Erlass vom Dezember 2012 zu den geplanten bzw. durchgeführten personellen Veränderungen in der Verwaltung vom 26. 7. 2013 einschließlich Honorarvereinbarung über 17.850 €

im Hinblick auf

- die zeitliche Abfolge der jeweiligen vertragsgemäß erbrachten Leistungen und deren Dokumentation für die Verwaltung,
- der unterschiedlichen Rechnungslegungen für die jeweiligen Teilleistungen und deren Dokumentation für die Verwaltung,
- Nachweise der Zeichnung für die sachliche und rechnerische Richtigkeit der Rechnungen und für deren Begleichung sowie
- auf gegebenenfalls bestehende inhaltliche Überschneidungen der beiden Beratungsaufträge und deren finanzielle Auswirkungen

zu prüfen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Antrag der Fraktionen CDU/FDP, SPD und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg Vorlage: VI/2015/00666

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, führte zum Anliegen des Antrages aus, für das Jahr 2016 einen Haushaltstitel einzustellen, um Möglichkeiten zu schaffen, den noch gültigen Vertrag mit der Moritzburg laut Beschlusslage auszugestalten.

Von Seiten der Stadt sei eine klare Positionierung erforderlich, wie mit dem Vertragswerk umgegangen werden soll. Eventuell müsse der Stadtratsbeschluss aufgelöst und stattdessen andere Zuwendungen gewährt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Kultur- und in den Finanzausschuss.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, ergänzte die Ausführungen von Frau Dr. Wünscher und bat die Verwaltung, in den Ausschüssen die Möglichkeiten und Konsequenzen zum Begehren der Antragsteller besser darzustellen.

Durch **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, wurde deutlich gemacht, dass seine Fraktion die Intentionen der Antragsteller, was die Unterstützung der Moritzburg auf Dauer betreffe, teilt. Jedoch müsse der Leistungsvertrag zwischen der Stadt Halle und der Stiftung Dome und Schlösser textlich angepasst werden.

Auf den Hinweis von **Herr Krause, SPD-Fraktion**, dass eine Klärung herbeigeführt werden

müsse, da der noch offene Prozess die Stadt Halle in der Fachwelt negativ erscheinen lasse, machte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf aufmerksam, dass in der Stadt Halle (Saale) schon seit dem Jahr 2008 keine Mittel mehr an die Moritzburg gezahlt worden sind.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach sich für Neuverhandlungen der Stadt mit der Moritzburg aus.

Sie wies ergänzend darauf hin, dass es sich nicht um einen Vertrag zwischen der Stiftung und der Stadt, sondern um einen Vertrag zwischen der damaligen Oberbürgermeisterin und dem damaligen Kultusminister handeln würde.

Bezugnehmend auf den vorliegenden Antrag äußerte sie ihre Befürchtung dahingehend, dass bei einer Zustimmung des Beschlusses die Mittel aus dem allgemeinen Kulturbudget entnommen werden. Sie bat um eine konstruktive Lösungsfindung, die öffentlich vertreten werden kann und die Botschaft trage, dass die Stadt für die Moritzburg einsteht.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Kulturausschuss
sowie in den
**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltungsspitze wird beauftragt, den zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und der Stadt Halle vereinbarten Vertrag zur Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg in Höhe von 130 T€ umzusetzen und im Haushalt 2016 darzustellen.

zu 8.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Neuverhandlungen über die Mitfinanzierung der Moritzburg
Vorlage: VI/2015/00710

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN, bat darum, zu weiteren Diskussion in den Ausschüssen die Akteure des Stiftungsbeirates einzuladen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Kultur- und in den Finanzausschuss.

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, hielt es für hilfreich, dass die Stadt jetzt schon auf die Moritzburg zugehen sollte, um vor den Beratungen in den Ausschüssen über eine Möglichkeit zu sprechen, den Antrag so anzupassen, um dem ursprünglichen Anliegen der Förderung gerecht zu werden.

Die Befürchtung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über eine eventuelle Wegnahme der Finanzmittel aus dem allgemeinen Kulturbereich könne er nicht teilen. Dies sei auch nicht das Anliegen der übrigen Fraktionen im Stadtrat. Gemeinsam mit der Moritzburg müsse

eine Lösung gefunden werden.

Er appellierte er an die Verwaltung zu frühzeitigen Gesprächen mit der Moritzburg.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stimmte dem Vorschlag von Herrn Häder zur frühzeitigen Gesprächsaufnahme mit dem Kultusminister zu diesem Thema zu.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den

Kulturausschuss

sowie in den

**Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung
und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Land Sachsen-Anhalt neue Verhandlungen über eine städtische Mitfinanzierung der Stiftung Moritzburg Halle (Saale) mit dem Ziel zu realisieren, eine Abänderung des seit dem 01.01.2010 bestehenden Vertrages zu erwirken. Eine Beschlussfassung über einen neuen Vertragstext erfolgt in der Stadtratssitzung am 30.09.2015 mit Wirkung zum 01.01.2016.

**zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Erstellung eines IT Infrastrukturkonzeptes für die IT Landschaft an halleschen Schulen
Vorlage: VI/2015/00667**

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, fragte die Verwaltung nach dem Termin der Fertigstellung des IT Infrastrukturkonzeptes.

Laut Aussage von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, soll das Konzept bis September 2015 erstellt sein. Die Erarbeitung erfolge zwischen seinem und dem Geschäftsbereich Kultur und Sport.

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte darauf aufmerksam, dass das Thema bereits von ihrer Fraktion eingebracht wurde und eine Beschlussfassung vom Januar 2014 zur Berichterstattung zum Zustand der IT-Ausstattung und Netzwerkinfrastruktur sowie der Breitband- und Internetversorgung aller städtischen Schulen vorliege. Darauf aufbauend sollte ein pädagogisches und technologisches Zielkonzept und die Umsetzungsstrategie entwickelt werden.

Des Weiteren informierte sie über die Berichterstattung im Bildungsausschuss im November 2014 zum Zustand der IT-Ausstattung und zur Netzwerkinfrastruktur. Dabei wurde auch die Gründung einer Arbeitsgruppe zur weiteren Bearbeitung der Thematik erwähnt. Aus diesem Grund halte ihre Fraktion den jetzt vorliegenden Antrag für überflüssig.

Frau Ranft bot an, zur nächsten Sitzung des Bildungsausschusses und bei Zustimmung durch die Ausschussmitglieder und die Verwaltung Vertreter des Landes-Demonstrations-Zentrum (LDZ) für Schul-IT und digitale Lernwerkzeuge der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg einzuladen. Dann könnte auch geklärt werden, warum bei der Tranche I im STARK III Programm im Jahr 2012, statt der von der Stadt beantragten 1,6 Mio. Euro für die

IT-Ausstattung nur 115.000 Euro bewilligt worden sind.

Abschließend bat sie die Antragsteller um eine Erklärung der Erledigung des Antrages.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, verwies auf das gleiche Ziel aller Fraktionen für eine bessere IT-Ausrüstung an Schulen. Mit dem Antrag seiner Fraktion sollen neue Ideen und Inhalte diskutiert werden. Deshalb warb er um Zustimmung für den vorliegenden Antrag.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Bildungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion
in den
Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erstellung eines ganzheitlichen Konzeptes zur Sicherstellung einer zukunftsfähigen IT-Infrastruktur, folgende Punkte zu prüfen, aufzuarbeiten und in Konzeptform dem Stadtrat vorzulegen:

- *IST-Stand der IT-Infrastruktur (Software und Hardware) an öffentlichen halleischen Schulen*
- *Arbeitsplätze pro Schüler und Lehrer*
- *Netzanbindung*
- *mögliche Maßnahmen, um die IT-Landschaft aller Schulen an den aktuellen Standard anzupassen*
- *Ausstattungsplanung unter Berücksichtigung der Modernisierungszyklen*
- *Zukünftige Betreuung der Infrastruktur*

Das Landes-Demonstrations-Zentrum (LDZ) für Schul-IT und digitale Lernwerkzeuge an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg soll in den Bildungsausschuss eingeladen werden, um über technische Ausstattungskonzepte für Schulen zu berichten, die im Rahmen des Investitionsprogramms STARK III gefördert werden können.

Eine erste Vorlage soll noch vor der Sommerpause 2015 erfolgen. Erforderliche Haushaltsmittel sind bereits im Haushaltentwurf 2016 abzubilden.

**zu 8.4 Antrag der CDU/FDP Stadtratsfraktion zur Aufzeichnung und Veröffentlichung der Sitzungen des Stadtrates mittels geeigneter Medien
Vorlage: VI/2015/00668**

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, begründete den Antrag mit einer Verbesserung der Übertragung der Stadtratssitzungen. Es soll eine Live-Übertragung bzw. Aufzeichnung zur Ausstrahlung einer günstigeren Sendezeit geprüft werden.

Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass es zu dieser Thematik bereits eine Beschlusslage gäbe und durch die Verwaltung in ihrer

Stellungnahme mitgeteilt wurde, demnächst das Ergebnis der bereits erfolgten Prüfung vorzustellen.

Aus diesem Grund plädiere ihre Fraktion dafür, die Ergebnisse der bisherigen Prüfung abzuwarten bzw. umzusetzen.

Durch **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, wurde die Zustimmung zum Antrag signalisiert. Er fragte jedoch nach den finanziellen Auswirkungen, welche möglicherweise damit verbunden seien.

Herr Bürgermeister Geier erläuterte, dass der finanzielle Aspekt im Rahmen der Erarbeitung der Vorlage betrachtet werde. Eine Größenordnung könne von ihm noch nicht genannt werden.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in Abstimmung mit TV-Halle, unter welchen rechtlichen, finanziellen und technischen Voraussetzungen es möglich ist, die Sitzungen des Stadtrates

- live zu übertragen

- aufzuzeichnen und zu günstiger Sendezeit zu wiederholen bzw. im Internet zur Verfügung zu stellen.

**zu 8.6 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung der Einführung einer Kombi-Eintrittskarte für Museen der Stadt Halle, des Landes Sachsen-Anhalt sowie weiterer musealer Einrichtungen der Stadt Halle unter Einbeziehung der HAVAG
Vorlage: VI/2015/00700**

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, begründete den Antrag damit, dass in vielen Städten eine Museumskarte üblich sei.

Die im Antrag vorgeschlagene Karte soll für alle Museen der Stadt Halle, unabhängig von der Unterstellungsform, an drei aufeinanderfolgenden Tagen genutzt werden können. Gleichzeitig sei mit dem Erwerb der Museumskarte eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs vorgesehen.

Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Fraktion, erinnerte daran, dass es eine solche Kombi-Eintrittskarte schon einmal gab, unter Beteiligung aller Museen der Stadt. Laut ihren Erkundigungen habe man damals innerhalb von vier Monaten nur sechs Karten verkauft.

Sie halte den vorliegenden Antrag für nicht durchführbar und verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Kulturausschuss, um sich darüber zu verständigen, was damit erreicht werden soll.

In Bezug auf die im Antrag genannten Kultureinrichtungen fragte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an, ob der Verwaltung ein Schreiben der HAVAG an alle Kultureinrichtungen bekannt wäre, dass ab April die Ansagen in der Straßenbahn mit Hinweis auf die Kultureinrichtungen kostenpflichtig seien.

In der Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender erklärte **Herr Bürgermeister Geier**, das Schreiben in der konkreten Form nicht zu kennen. Er werde sich aber zur Sachlage erkundigen.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion
in den
Kulturausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft bis zur Stadtratssitzung Juni 2015, unter welchen Bedingungen eine Kombi-Eintrittskarte für den Besuch aller Museen der Stadt Halle, u.a. der Stiftung Moritzburg Halle (Saale) Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt sowie weiterer Einrichtungen wie z.B. des Beatlesmuseums, des Halloren-Schokoladenmuseums, des Salinemuseums etc., unabhängig der Rechtsform oder der Trägerschaft möglich ist.

Die Gültigkeit der Kombi-Eintrittskarte sollte für einen Zeitraum von mind. 48 Stunden bzw. 72 Stunden konzipiert werden und Verkehrsdienstleistungen der HAVAG einbeziehen.

Ebenso sollten Preisstaffelungen für Familien u.a. Berechtigte vorgesehen werden.

**zu 8.7 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Wegeleitsystem der Kultureinrichtungen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00701**

Herr Schramm, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, verwies auf das schon vorliegende Wegeleitsystem für Kultureinrichtungen. Mit dem Antrag seiner Fraktion soll jetzt die Verwaltung mit einer Überprüfung zwecks Verbesserung und Aktualisierung bzw. Einrichtung einer APP beauftragt werden.

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte die Zustimmung seiner Fraktion zum Antrag, auch weil die finanziellen Auswirkungen einer eventuellen Umsetzung von Maßnahmen hineinformuliert worden sind.

Auch **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, bat um Zustimmung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

geänderter Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zur Stadtratssitzung September 2015 einen **mit finanziellen Auswirkungen unteretzten** Vorschlag zu erarbeiten, wie das vorhandene Wegeleitsystem für Kultureinrichtungen verbessert und aktualisiert werden kann.

Folgende Kriterien sollten dabei beachtet werden:

- Wegweisungen, die barrierefrei an markanten Standorten der Stadt einzurichten sind

- farbliche Gestaltung von Hinweisschildern, einschl. Schriftform, ggf. Verwendung identitätsstiftender lokaler Symbole
- zusätzliche Informationen zum Wegeleitsystem über einen QR-Code – Einrichtung einer APP
- fußgängerfreundliche Wegeführung (z.B. auf Gehwegen ohne große Straßenüberquerungen)

**zu 8.8 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Namensgebung „Talamt-Gymnasium“ für das neue Gymnasium in der Oleariusstraße 7
Vorlage: VI/2015/00681**

Herr Koehn, SPD-Fraktion, bedankte sich bei der Verwaltung für den Hinweis dafür, dass der erste Entwurf des Antrages rechtswidrig gewesen sei, da die Namensgebung von Schulen in der Hoheit der Schulkonferenz liege.

Zur Begründung für den Vorschlag zur Namensgebung erinnerte er an die geschichtliche Bedeutung des Talamt für die Stadt Halle.

Wenn eine dort wieder einzurichtende Schule mit dem Namen Talamt versehen werde, würde es den zukünftigen Schülern die Möglichkeit geben, die hallesche Tradition und die Geschichtsträchtigkeit des Standortes besser zu verstehen und sich damit zu identifizieren.

Herr Schachtschneider, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, informierte darüber, dass die Stadt in der Gesamtkonferenz eine Stimme habe und diese auch wahrnehmen könnte.

Bei einer Vorgabe durch die Stadt äußerte er Bedenken dahingehend, dass sich die Eltern der zukünftigen Schüler in eine Richtung drängen lassen würden. Er halte eine Diskussion zur Namensfindung für zielführender, auch weil noch andere Namen bedacht werden sollten. Aus diesen Gründen plädierte er für eine Ablehnung des Antrages.

Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Bildungsausschuss.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, schloss sich den Ausführungen von Herrn Schachtschneider an. Ein jetzt vorgenommener Beschluss wäre ein Vorgriff auf die Gesamtkonferenz.

In diesem Zusammenhang bat er die Antragsteller um eine Abstimmung mit der Vorsitzenden des Bildungsausschusses zur Klärung der Einbringung des Antrages und der Art und Weise der Diskussion gegenüber der Gesamtkonferenz.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem neu entstehenden Gymnasium in der Oleariusstraße 7 den Namen „Talamt-Gymnasium“ zu verleihen.

zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Ausführung der Straßenreinigung in Wohngebieten Vorlage: VI/2015/00694

Zum Hintergrund des Antrages verwies **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, auf die immer wieder aufkommende Diskussion zu knappen Parkraumkapazitäten in einzelnen Wohngebieten.

Im Zusammenhang mit dem Stadtratsbeschluss zur Erstellung eines Parkraumkonzeptes für das Paulusviertel habe er schon angeregt, über Veränderungen der Zeiten der Straßenreinigung bzw. Parkverbotszeiten vor Spielplätzen nachzudenken.

In der von der Verwaltung abgegebenen Stellungnahme werde über eine Konzepterstellung in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Merseburg informiert, wo hinsichtlich der Straßenreinigungszeiten eine bessere Abstimmung erfolgen soll. Gleiches betreffe auch die Zeiten für die Müllentsorgung.

Um die Ergebnisse der Untersuchung nicht vorwegzugreifen, verwies **Herr Häder** im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es möglich ist, die maschinelle Straßenreinigung in Wohngebieten erst nach 10:00 Uhr ausführen zu lassen

zu 8.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Umsetzung eines Mitgliedes im Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeit Vorlage: VI/2014/00392

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

Der Stadtrat entsendet Herrn Sten Meerheim in den Betriebsausschuss Eigenbetrieb für Arbeit.

**zu 8.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU/FDP, DIE LINKE/Die PARTEI, MitBÜRGER - Neues Forum zur Beanstandung des Stadtratsbeschlusses zur Personal- und Sachkostenausstattung der Fraktionen vom 24.09.2014 durch das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Vorlage: VI/2015/00753**

Auf Antrag des Oberbürgermeisters wurde zum TOP 8.11 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Wer möchte denn etwas zum Dringlichkeitsantrag sagen?

Herr Scholtyssek hat das Wort.

Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir haben heute ja einen Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung genommen. Zur Dringlichkeit hat Herr Dr. Meerheim schon gesprochen. Ich möchte jetzt zum Inhalt noch was sagen.

Der Beschluss zum Geschäftsbedarf der Fraktionen wurde dem Landesverwaltungsamt übermittelt. Wir haben aber den Eindruck, dass nicht alle Informationen übermittelt worden. Wenn man sich das mal richtig durchrechnet, sehen wir überhaupt keinen Grund für einen Widerspruch.

Die Steigerung von 36 %, die da behauptet wurde in dem Widerspruch, ist rein fiktiv. Das ist nicht real. Wenn man die Tarifsteigerungen, die sich im Laufe der Jahre ergeben haben, mal hochrechnen würde auf den in der letzten Ratsperiode gültigen Beschluss, dann ist es nämlich keine Steigerung von 36 %, sondern nur von 12,8 % für die Fraktionen mit 16 und 15 Mitgliedern und für die mit 4 Mitgliedern 12,4 %.

Also es geht nicht um 36 %, sondern um 12,8 %.

Und es ist auch kein Kostenaufwuchs erkennbar.

Wir haben im ersten Halbjahr 2014 Personalkosten gehabt für die Fraktion von 406.156 €. Hätten das mit dem neuen Beschluss, der angefochten wurde, wären es unter Existenz einer AfD-Fraktion, die es ja nicht mehr gibt, 402.000 € gewesen. Und ohne diese Fraktion sind es 361.865 €. Also weniger.

Wo da die Behauptung herkommt, dieser Beschluss würde der Stadt mehr Geld kosten, erschließt sich uns nicht.

Deswegen der Antrag heute, Widerspruch einzulegen gegen das Schreiben vom Landesverwaltungsamt.

Dazu noch eine Frage ans Rechtsamt.

Es ist ja am Ende wie immer eine Rechtsbehelfsbelehrung, wo drin steht, man kann Widerspruch einlegen. Ist das ein normales Widerspruchsverfahren oder müssen wir jetzt gleich Klage erheben?

Herr Lange

Herr Geier, erlauben Sie dem Rechtsamt, das zu beantworten?

Herr Bürgermeister Geier

Jawohl.

Herr Richter, Abteilungsleiter Rechtsberatung und offene Vermögensfragen

Ja, meine Damen und Herren, also erst mal zu der letzten Frage.

Es gibt ein normales Widerspruchsverfahren. Das heißt, wenn Sie heute beschließen, dass Widerspruch einzulegen ist, dann wird also dieses vorgeschaltete Widerspruchsverfahren durchgeführt und der Widerspruch ist dort einzulegen.

Von daher würde ich auch anregen, dass der Beschlusstext entsprechend geändert wird, auf Widerspruch einzulegen. Der ist glaube ich noch nicht ganz *Zwischenrufe*.

Aber insgesamt kann ich als Rechtsamt folgendes ausführen. Das Anliegen des Widerspruches war, dass Haushaltsmittel durch die Kommune ausschließlich zur Finanzierung des notwendigen, sachlichen und personellen Aufwandes für die Fraktionen zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Es kommt also wohl nicht auf diese prozentualen Steigerungen an, sondern es kommt darauf an, dass die Kommune für die sachgerechte Aufgabenerfüllung die erforderlichen Bedarfe ermitteln muss. So sagt zumindest das OVG und der Landesrechnungshof, dass man also nicht losgelöst von einem konkreten Bedarf eine Steigerung beschließen lassen darf.

Das ist der Gegenstand des Widerspruches.

Und darum ist es aus diesseitiger Auffassung wohl zweitrangig, ob es nun 12, 20 oder 36 % sind, sondern der konkrete Bedarf muss dargelegt werden. Der letzte Beschluss ist datiert vom 15.12.2010. Da erfolgte eine konkrete Bedarfsermittlung.

Und wenn jetzt eine Steigerung beschlossen werden soll, dann verlangt die Rechtsprechung eine konkrete Bedarfsermittlung.

Und das war der Gegenstand des Widerspruches.

Herr Lange

Gut, dann sehe ich jetzt seitens der Fraktionen, dass Sie Ihren Antragstext nochmal verändern?

Dafür gab es glaube ich eine Auszeit vorhin.

Herr Scholtyssek

Ja, Entschuldigung. Wir wollten den Text noch ergänzen, den Antragstext, durch einen weiteren Satz: „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, fristwährend Widerspruch einzulegen.“ Dann wäre auch dem entsprochen, was das Rechtsamt gerade erläutert hat.

Herr Lange

O.k. Das bekomme ich bitte schriftlich von Ihnen. Das Ganze ist sicherlich übersichtlich für Sie alle.

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Ja, Herr Wolter bitte.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich will inhaltlich gar nicht nochmal eingehen. Da hat, wie Herr Scholtyssek schon ausführte, Herr Dr. Meerheim zur Einbringung der Dringlichkeit gesprochen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben jetzt auch gerade . . . das Rechtsamt hat uns ja nochmal sozusagen die Position von Ihnen beziehungsweise die, sage ich mal, Gründe für Ihren Widerspruch dargelegt.

Ich würde mir wünschen, so wie Sie konstruktiv einer Verfügung des Landesverwaltungsamtes begegnet sind, was das Stadion betrifft, wo Sie ausgeführt haben, wie Sie bereit sind, in ein Gespräch zu gehen, wie Sie konstruktiv eine Lösung suchen, wie Sie mit den Partnern gemeinsam einen Kompromiss . . . ist es ja eigentlich, herausfinden, wo Sie sagen, o. k., das ist in den rechtlichen, in den wirtschaftlichen, in den sachlichen Gründen so, dass wir dort uns annähern.

Hier ist es so, dass Sie eine Position eingegangen sind, ich von Ihnen in keiner Form, in keinem Ausschuss, auch nicht im Stadtrat in irgendeiner Form, ein Zeichen, ein Wort gehört habe, was Sie als eine mögliche Lösung vorschlagen. Denn, das was jetzt gerade ausgeführt wurde vom Rechtsamt, dass 2010 ein Beschluss gefasst wurde, der natürlich auf den sachlichen, nachvollziehbaren Gründen der Fraktionsbildung hier im Stadtrat abgehoben hat.

Und diese Veränderung, auch in den personellen und unterschiedlichen Situationen, ist nach Beratung in den Fraktionen von den Fraktionen eben genau sachlich eine Änderung herausgekommen.

Wenn Sie sagen, o. k. wir sind da anderer Meinung, würde ich erwarten, dass Sie sozusagen das Gespräch suchen und nicht durch einen Widerspruch über das Landesverwaltungsamt hier, sage ich mal, eigentlich einen Status quo aufrecht erhalten, der die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen einschränkt.

Und deswegen würde ich Sie bitten, nicht nur sozusagen klar, wenn sich hier eine Mehrheit findet, den Widerspruch einzulegen, sondern eben auch, sage ich mal, parallel Lösungswege zu suchen im Dialog mit uns.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie haben das sehr gut formuliert, Herr Wolter. Das finde ich wirklich auch prima nachvollziehbar.

Ich möchte nochmal zur Funktion des Fachbereiches Recht etwas sagen.

Der Oberbürgermeister gibt, ich denke auch das schätzen Sie mittlerweile alle, dem Fachbereich Recht keine Meinung vor. Das, was Herr Richter vorgetragen hat, ist die Meinung des Fachbereiches Recht. Wenn Sie meine Meinung jetzt dazu hören wollen und Sie haben mich ja auch direkt angesprochen, dann kann ich Ihnen das auch erläutern.

Die Erforderlichkeit, wenn der Oberbürgermeister der Auffassung ist, dass hier ein rechtswidriger Beschluss gefasst wurde, bedeutet, dass er dieses auch eingehen muss. Ansonsten macht er sich auch schadenersatzpflichtig, wenn er das nicht tut.

Die Situation, wie sie herbeigeführt wurde, in welchem Zusammenhang das Ganze, einschließlich der zu tragenden Kosten, die hier auch ermittelt werden und um die es letztendlich geht, sind ja herbeigeführt worden auf der Grundlage des Umstandes, dass eine Fraktion sich auflösen musste. Dieses Auflösen der Fraktion bedeutete, dass dann plötzlich mehr Geld da war. Dann haben Sie gesagt, ach das ist doch gar nicht so, das macht doch gar nichts, dann verteilen wir dieses Geld, was übrig ist, einfach auf die anderen Fraktionen.

Und dieser Vorgang, meine Damen und Herren, dieser Vorgang ist rechtswidrig. Und deshalb schließe ich mich den Ausführungen, die Herr Richter gesagt hat, an und auch

mittlerweile das Landesverwaltungsamt so akzeptiert hat, beziehungsweise auch selber in der eigenen Rechtsmeinung dargestellt hat.

Und von daher ist es jetzt so, dass Sie den Beschluss jetzt fassen und von daher hat Herr Richter Ihnen ja auch die Brücken aufgezeigt.

Wenn Sie jetzt sagen, Sie haben einen höheren Fraktionsaufwand, dann muss der auch belegt werden. Und dazu gibt es, momentan liegt niemandem etwas vor. Deshalb, Herr Wolter, um da kooperativ jetzt auch zu sein, der Vorschlag ist eben deutlich, dass man sich zusammensetzt und diesen tatsächlich bestehenden Mehrbedarf dann so darstellt, dass man auch eine Argumentationsgrundlage hat. Und genau das ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht der Fall.

Konkret gesagt, ich halte die Beanstandung des Landesverwaltungsamtes für rechtmäßig. Und wenn Sie jetzt gemeinsam beschließen, dass Widerspruch einzulegen ist, dann wird das ausgeführt und das Landesverwaltungsamt wird darüber beschließen.

Mein Vorschlag ist, Sie gehen dem Gedanken nach, dass Sie ganz konkret sagen, wir haben einen erhöhten Aufwand, dieser erhöhte Aufwand der muss erarbeitet werden, so will ich das auch deutlich sagen, wo liegt er. Aber es kann eben auch nicht sein, dass in irgendeiner Weise dann vorab schon in Ausgaben man sich hineinbegeben hat, wohlwissend, dass momentan dieses auch noch nicht bestätigt wurde.

Also ich bin gern bereit und auch meine Mitarbeiter, mit Ihnen zu versuchen, dass wir hier eine Argumentation hinbekommen, mit der man innerhalb des Widerspruches auch überzeugen kann. Nur momentan ist es nicht ersichtlich.

Herr Lange

Herr Scholtyssek.

Herr Scholtyssek

Also Herr Oberbürgermeister, Sie erwecken mit Ihren Ausführungen den Eindruck, als würden wir das hier als Selbstbedienungsladen begreifen. So ist es mitnichten.

Der Beschluss, den wir gefasst haben, kostet die Stadt weniger Geld als es vorher war. Ich habe das ausgeführt. Im ersten Halbjahr 2014 waren es 406.000 €. Und selbst wenn es die AfD-Fraktion noch geben würde, wären es jetzt mit dem neuen Beschluss 402.000 €. Also weniger.

Es ist mitnichten so, dass wir das Geld einfach uns in die Taschen stecken, um uns zu bereichern. So ist das nicht. Ich verbitte mir solche Darstellungen.

Und das wir anderer Rechtsauffassung sind ist klar. Und deswegen gibt es diesen Antrag hier.

Also ich kann jetzt nur nochmal an alle appellieren. Wir müssen fristwährend Widerspruch einlegen, um dieses Thema endgültig zu klären.

Herr Lange

Gut, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen.

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen.

Die Gegenstimmen?

Und die Stimmenenthaltungen? Sind eindeutig.

**zu 9.4 Anfrage der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Gestaltung des Tunnels zu den Franckeschen Stiftungen
Vorlage: VI/2015/00706**

Mit Verweis auf die Bewerbung der Franckeschen Stiftungen als Weltkulturerbe fragte **Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, die Verwaltung nach anderen Möglichkeiten der Verschönerung des Tunnels an den Franckeschen Stiftungen zur Innenstadt und ob eventuell auch eine Beteiligung der Stiftungen über Sponsoring einer Graffitiaktion möglich wäre.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies auf den Ansprechpartner in der Verwaltung zum Thema Graffiti und darauf, dass zu dem im April geplanten „Frühjahrsputz“ eine Möglichkeit diesbezüglich gefunden werden könnte.

**zu 9.5 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zum „Tag der Musik 2015“
Vorlage: VI/2015/00690**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.6 Anfrage der Stadträtin Annegret Bergner (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur Verwendung der Mittel des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) durch die Stadt Halle.
Vorlage: VI/2015/00691**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.7 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zur interkulturellen Kompetenz und Mehrsprachigkeit in der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2015/00704**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.8 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zum aktuellen Stand der Ufersicherung im Bereich Halle (Saale) OT Planena
Vorlage: VI/2015/00535**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.9 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)
zum geplanten Umbau einer Abbiegespur am Riebeckplatz
Vorlage: VI/2015/00671**

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde zum TOP 9.9 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Scholtyssek

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Dazu habe ich mal noch eine Nachfrage.

Es ging ja durch die Presse, dass diese Abbiegespur am Riebeckplatz wegfallen soll, aufgrund der Unfallhäufung und dann soll einfach auf der Geradeausrelation eine Rechtsabbiegemöglichkeit in die Merseburger Straße geschaffen werden.

Sie haben jetzt geantwortet, ich werde nicht ganz schlau aus der Antwort, muss ich ganz offen sagen. Sie reden dort von einer Variantenuntersuchung, haben das aber nicht mit Kosten unterlegt, sondern nur verbal behauptet, dort eine Ampel hinzubauen oder eine neue Rechtsabbiegespur, das wäre alles viel zu teuer. Sie haben das kostenseitig nicht unterlegt.

Ich hätte gerne die Kostenangaben dazu und ich kann, wie gesagt, auch die Ausführungen in Ihrer Antwort hier nicht ganz nachvollziehen. Gerade zum Punkt 1. Für mich klingt das ein bisschen nach Fachchinesisch.

Also könnten Sie das vielleicht nochmal auf Deutsch erläutern, was Sie damit meinen?

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Das macht Herr Stäglich

Herr Stäglich, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Also ich würde vorschlagen, dass wir das jetzt nicht im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes machen.

Die Thematik des Rechtsabbiegefeldes ist bei uns aufbereitet derzeit in der Beschlussvorlage zum Gestaltungsbeschluss der Stadtbahneinzelmaßnahme Merseburger Straße/nördlicher Abschnitt. Die ist im Verwaltungsumlauf soweit weitgehend durch und soll im Mai im Ausschuss behandelt werden. Und dieses Thema kann dann im Detail mit weiteren Zahlen untersetzt behandelt werden.

Mir ist auch bekannt, dass viele Bürgerinnen und Bürger dieses Dienstleistungszentrum angesprochen haben, morgen bei der Veranstaltung hier im Stadthaus, von 18 bis 20 Uhr auch da sein werden, Fragen stellen werden, die wir dann auch mitnehmen in die Beratung des Ausschusses. Und da können wir nochmal aufbereiten, was alles geprüft wurde, mit welchen Effekten. Ich denke, das ist der einfachste Weg jetzt.

Herr Scholtyssek

O. k.

Herr Lange

Gut, damit sind Sie einverstanden. Und Herr Bernstiel möchte dazu jetzt auch was noch nachfragen?

Herr Bernstiel, CDU/FDP-Stadtratsfraktion

Ja, es geht auch nochmal um die Rechtsabbiegespur am Riebeckplatz.

In der Vorlage stand ja bis jetzt drin, dass es der Hauptgrund ist, weil es ein Unfallschwerpunkt ist.

Jetzt haben wir nochmal ein bisschen recherchiert. Und zwar ist es so, in dem momentan vorliegenden Leitbild Riebeckplatz da kann man erkennen, da ist die Rede von einem Kopfneubau in Höhe des/neben dem Maritimhotel. Und wenn man sich das anschaut, dann sieht man, dass das komischerweise ziemlich die Rechtsabbiegespur tangiert.

Deshalb würde ich jetzt gerne nochmal explizit dazu nachfragen, ob dieser Neubau bei dem Wegfall oder geplanten Wegfall der Rechtsabbiegespur irgendeine Rolle spielt oder ob es tatsächlich hier nur um verkehrsrelevante Dinge geht?

Herr Beigeordneter Stäglich

Es geht um verkehrsrelevante Themen. Das Thema kommt wirklich aus der Unfallkommission und aus der dortigen Beratung. Und Sie werden sich erinnern, dass auf der Fläche auch schon mal ein Gebäude stand, in dem Bereich. Und da geht es um die Weiterentwicklung, die Nachnutzung der Abbruchfläche des ehemaligen Hochhauses Süd am Riebeckplatz.

Herr Bernstiel

O. k.

Herr Lange

Gut, dann wird das nochmal entsprechend später behandelt.

Ende des Wortprotokolls.

**zu 9.10 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)
zur möglichen Erhöhung der Kitagebühren
Vorlage: VI/2015/00672**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde auf Juni 2015 vertagt.

**zu 9.11 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Stadtratsfraktion)
zu Lärmschutzmaßnahmen am Rosengarten
Vorlage: VI/2015/00673**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.12 Anfrage des Stadtrates Gernot Töpper (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zu
Nebentätigkeiten/Nebenbeschäftigungen
Vorlage: VI/2015/00688**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.13 Anfrage des Stadtrates Gernot Töpfer (CDU/FDP-Stadtratsfraktion) zu Überstunden
Vorlage: VI/2015/00689

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.14 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zur Veröffentlichung von Planungsverfahrenständen und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet
Vorlage: VI/2015/00593

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.15 Anfrage der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zu Kosten bei der Erstellung von Bebauungsplänen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00693

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde auf April 2015 vertagt.

zu 9.16 Anfrage des Stadtrates Marcel Kieslich (Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI) zur Präsenz der Bundeswehr in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00678

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde auf April 2015 vertagt.

zu 9.17 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr
Vorlage: VI/2015/00686

Bezogen auf den Punkt 3 der Stellungnahme der Verwaltung fragte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, an, ob es eine andere Struktur in der Stadt gäbe, wo eine Statistik zur Anzahl von Kontrollen auf Stadtteilebene erhoben wird, ohne die es seiner Ansicht nach nicht möglich sei, Schwerpunkte für einen eventuellen Handlungsbedarf festzustellen.

Dazu wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf die Zusammenarbeit mit und die Hinweise von der Polizei verwiesen.

zu 9.18 Anfrage des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD-Fraktion) zur Vergabe von HFC-Freikarten an ehrenamtlich Engagierte
Vorlage: VI/2015/00687

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erlaubnispflicht für HundetrainerInnen
Vorlage: VI/2015/00606

Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Antwort der Verwaltung. Auf Grund zahlreicher Nachfragen, welche sich daraus ergeben hätten, würde ihre Fraktion zu diesem Thema eine weitere Anfrage einreichen.

zu 9.20 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/00607

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.21 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen im Rahmen der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“
Vorlage: VI/2015/00696

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde auf April 2015 vertagt.

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass die Vertagung der Antwort der Verwaltung mit der Erkrankung des zuständigen Mitarbeiters begründet wurde. In diesem Zusammenhang fragte sie nach, wie innerhalb des Jugendamtes die Stellvertreterregelung garantiert werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, verwies auf den hohen Krankenstand in diesem Bereich und darauf, dass es nicht überall eine Stellvertreterregelung gäbe. Um im Rahmen der Fachberatung eine gute Antwort geben zu können, wolle man die Arbeitsaufnahme des Mitarbeiters abwarten und deshalb die Stellungnahme später abgeben.

**zu 9.22 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Investitionen an
Spielplätzen
Vorlage: VI/2015/00702**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bezog sich auf die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage seiner Fraktion zu den Investitionen an Spielplätzen. Darin habe es die Information gegeben, dass seit November 2014 die Bewilligungsbescheide für die Soziale Stadt vorliegen würden und er bat um eine Information dazu im nächsten Planungsausschuss.

Des Weiteren wurde in der Antwort der Verwaltung mitgeteilt, dass für die Umsetzung der Baubeschlüsse nur teilweise eine Zustimmung des Rates erforderlich wäre. **Herr Feigl** fragte an, wann die Stadträte darüber in Kenntnis gesetzt werden.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte deutlich, dass laut der Hauptsatzung die Wertgrenzen für Beschlüsse entsprechend einzuhalten seien. Wenn es gewünscht wird, werde die Verwaltung anhand der Pläne eine Berichterstattung für den Planungsausschuss vorbereiten.

**zu 9.23 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung von
Maßnahmen zur Optimierung der Mobilitätskosten der Stadtverwaltung
Vorlage: VI/2015/00703**

Die Stellungnahme der Verwaltung wurde auf April 2015 vertagt.

**zu 9.24 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Plan der Umsetzung
der Maßnahmen der Radverkehrskonzeption
Vorlage: VI/2015/00705**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 9.25 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und
Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2014
Vorlage: VI/2015/00709**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.26 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Verunreinigung von Straßen durch privat bewirtschaftete Parkplätze in Baulücken
Vorlage: VI/2015/00695

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, regte an, die Mitarbeiter des Ordnungsamtes zu ermutigen, auf Verunreinigungen von Straßen durch verschmutzte Parkflächen aufmerksam zu machen.

Als Beispiel nannte er die Ecke Charlottenstraße/Augustastraße, wo sich ein solcher Parkplatz befinde. Bei Nässe werde der Schmutz von der Parkfläche auf die anliegenden Straßen und Wege getragen.

Aus seiner Sicht sollten bei Bestehen von entsprechenden Auflagen die Betreiber zur Erledigung ihrer Reinigungspflichten aufgefordert werden.

Auf die Nachfrage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** nach weiteren konkret kritisierten Flächen, sagte **Herr Häder** eine Nachreichung zu.

zu 10 Mitteilungen

zu 10.1 Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung von Beschlüssen des Stadtrates und seiner beschließenden Ausschüsse
Vorlage: VI/2015/00674

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Turnusmäßige projektorientierte Berichterstattung des FB Bauen Statusberichte für die Bauprojekte Radweg Kröllwitz, Haupterschließungsstraße 4. Abschnitt, ÖPNV-Schnittstelle Halle-Nietleben und Instandsetzung Giebichensteinbrücke
Vorlage: VI/2015/00587

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.3 Tourismuswirtschaftliches Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum (TWGK)
Vorlage: VI/2015/00545

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 Information zur Schulspeisung

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.5 Mitteilung zur Prüfung bzgl. Verfolgung Wartezeit in den Bürgerservice- stellen über eine App

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 mündliche Anfragen von Stadträten

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, informierte darüber, dass acht schriftlich eingereichte mündliche Anfragen von Stadträten vorliegen würden.

Er machte darauf aufmerksam, dass es laut Geschäftsordnung eine andere Verfahrensweise gäbe und mündlichen Anfragen erst während der Sitzung zu stellen sind. Ausnahmen seien nur bei dringend zu beantwortenden Angelegenheiten möglich.

Die Verwaltung habe deshalb um Verständnis dafür gebeten, dass aufgrund der Kürze der Zeit nicht alle Anfragen in erforderlichem Umfang beantwortet werden könnten.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Lange** darum, Fragen, die als schriftliche Anfragen gestellt werden können, zukünftig auch so zu behandeln.

zu 11.1 mdl. Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zum Schulbeginn Grundschule Hanoier Straße

Herr Senius berichtete, dass nach dem von der Schulleitung der Grundschule Hanoier Straße übermittelten Informationsstand mit Beginn des Schuljahres 2015/2016 sechs erste Klassen am Schulstandort zur Einschulung anstehen würden. Die Schulleitung sei der Auffassung, dass der Schulbetrieb am Standort nur dann gewährleistet werden kann, wenn die wegen fehlendem Brandschutz gesperrten Kopfräume nur Benutzung freigegeben würden.

Durch die Verwaltung wurde in einer Anfrage im Februar 2014 dazu ausgeführt, dass die Sperrung der Räume noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, da die Brandschutzmaßnahme auf der STARK III-Liste stehe und die Freigabe der Mittel durch die Investitionsbank noch nicht erteilt wurde.

Er fragte an, wie sichergestellt werde, den ordnungsgemäßen und auskömmlichen Schulbetrieb mit Beginn des kommenden Schuljahres zu gewährleisten.

Durch **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wurde dazu mitgeteilt, dass der Verwaltung zurzeit 77 Anmeldungen für die Einschulung in dieser Schule vorlägen. Dies würde eine Vierzügigkeit der ersten Klassen bedeuten.

Für das Schuljahr 2016/2017 seien 107 einzuschulende Kinder avisiert, jedoch noch nicht untersetzt. Erst damit würde eine Sechszügigkeit erreicht werden.

Er informierte weiter darüber, dass in der beschlossenen Schulnetzplanung definiert wurde, wie viel Klassenräume, für welchen Schultyp zur Verfügung gestellt werden. Dabei habe man für den Grundschulbereich 1,2 Klassenräume pro Klasse vorgesehen.

In der Grundschule Hanoier Straße gäbe es zurzeit eine Benutzung von 12 auf 13 Klassenräume in diesem Jahr und später eine Erhöhung auf 16 Klassen. Zur Verfügung stünden 21 Räume und nach jetziger Vorgabe der Schulnetzplanung reiche dies aus.

Im Rahmen von STARK III seien jedoch die Kopfräume in die Sanierungsliste aufgenommen worden. Ebenso wäre es möglich, die entsprechenden Räume für Projekte zu nutzen.

Abschließend sagte **Herr Beigeordneter Kogge** eine Abstimmung mit der Schulleitung diesbezüglich zu.

zu 11.2 mdl. Anfrage Herr Senius, SPD-Fraktion, zu Dolmetscherleistungen Grundschule Hanoier Straße

Herr Senius informierte darüber, dass es nach Aussage der Schulleitung der Grundschule Hanoier Straße in jeder Klasse ungefähr drei Schüler mit rumänischer Staatsangehörigkeit gäbe. Da die Verständigung auch mit den Eltern der Kinder schwierig sei, sehe die Schulleitung das Erfordernis einer zusätzlichen Dolmetscherleistung von mindestens zwei Stunden pro Woche.

Er fragte an, wie das Problem von der Verwaltung beurteilt werde und ob gegebenenfalls die zusätzliche Übersetzungsleistung in der Grundschule abgesichert werden kann.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, machte darauf aufmerksam, dass der Schulbetrieb in der Schulträgerverantwortung liege und die Dolmetscherleistung aus diesem Bereich kommen müsste.

Man habe jedoch das Problem aufgegriffen und an die zuständigen Stellen weitergeleitet.

Abschließend erinnerte **Herr Beigeordneter Kogge** an die ausgereichte Förderliste für den Bereich Soziales, in welcher man zusätzliche Sprachförderungsmittel, auch von Seiten der Stadt, für diese Gruppe angedacht habe.

zu 11.3 mdl. Anfrage SPD-Fraktion zum Standort DLRG

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.3 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Eigendorf, SPD-Fraktion

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Seit mehreren Jahren möchte der DLRG in einen neuen Standort umziehen. Trotz umfangreicher Verhandlungen konnte bis zum heutigen Tag leider kein für diesen Zweck geeignetes Grundstück gefunden werden.

Deshalb fragen wir:

1. Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Notwendigkeit einer neuen Einrichtung des DLRG?
2. Hält die Stadtverwaltung den Standort Holzplatz für die Errichtung einer neuen Einrichtung für geeignet?
3. Wenn ja, warum wird kein wirksamer Kaufvertrag zu den Konditionen des Jahres 2011 geschlossen, bzw. wenn nein, welche Erwägungen sprechen gegen diesen Standort?
4. Welche Alternativen gegenüber dem Standort Holzplatz sieht die Stadtverwaltung für die Errichtung einer neuen Einrichtung des DLRG?

Vielen Dank.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Frau Marquardt.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport

Dankeschön.

Derzeit ist die DLRG zusammen mit dem DRK in Trotha und hat Büroräume, also der Landes- und Ortsverband hat Büroräume in der Merseburger Straße und Schulungsräume werden extra angemietet. Ist also sehr dezentral.

Auf dem Holzplatz soll eine Koordinierungsstelle für die Wasserrettung für die Binnen- und Gewässer Mitteldeutschland entstehen. Die Koordinierungsstelle soll die Gewässernutzung im mitteldeutschen Raum absichern und die wasserrettungsdienstlichen Aufgaben der Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und von Teilen Brandenburgs koordinieren.

Zusätzlich sollen die administrativen Bereiche des Landesverbandes Sachsen-Anhalt und der haleschen Ortsgruppe mit den operativen Bereichen räumlich zusammengefasst und durch einen Schulungsraum ergänzt werden, Schulungszentrum.

Wir begrüßen sehr diesen Ansatz, dass die DLRG konzentriert wird an einem Standort in Wassernähe. Wir halten den Standort Holzplatz für geeignet. Gerade durch die zentrale Lage und den Zugang zum Wasser.

Der Kaufantrag der DLRG wurde zwar im Januar 2011 gestellt, aber damals waren die Eigentumsverhältnisse so, dass die Stadt und MITGAS je zu 50 % Eigentümer waren. Deswegen gab es ausführlichen Klärungsbedarf und erst 2013 konnte ein Kaufpreisangebot unterbreitet werden. Damals gab es keine Einigung zum Kaufpreis und MITGAS lehnte einen Erbbaurechtsvertrag ab.

Seit Ende 2014 ist die Stadt alleinige Eigentümerin des Grundstückes und seitdem werden weitere Gespräche mit der DLRG geführt. Es werden auch Abstimmungen mit allen zuständigen Fachbereichen geführt, auch mit dem Ziel, die bauordnungs- und planungsrechtliche Genehmigungsfähigkeit für dieses Bauvorhaben abzusichern.

Aus unserer Sicht gibt es keinen gleichwertigen Standort im städtischen Eigentum.

Herr Eigendorf

Noch eine Ergänzung. Ich würde Sie bitten, dass Sie uns das nochmal schriftlich zur Verfügung stellen. Danke.

Herr Lange

Also das macht wenig Sinn. Weil, es gibt ein Protokoll, Herr Eigendorf. Sie können jetzt gern ein Wortprotokoll beantragen, das schicken Sie mir rüber. Ansonsten steht das im Protokoll, was Frau Marquardt jetzt gerade alles gesagt hat.

Ende des Wortprotokolls.

zu 11.4 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Umbau- maßnahmen in der Delitzscher Straße

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde zum TOP 11.4 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Scholtyssek

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Ich hätte eine Frage zu einem Thema, was uns schon öfter hier beschäftigt hat.

Da geht es um den Ausbau der Delitzscher Straße. Seitdem gibt es keine Linksabbiegemöglichkeit mehr in dieses neue Wohngebiet Am Bierrain. Dadurch fahren die Pkw alle durch die Dübener Straße, was den dortigen Anwohnern wieder nicht gefällt. Da gibt es einen umfangreichen Schriftwechsel hin und her.

Ich wollte jetzt einfach nochmal fragen, wie ist da der aktuelle Stand?

Es gehen da verschiedenste Schreiben hin und her. Das letzte, was ich kenne, von der Verwaltung ist vom 19. Januar. Wie ist der aktuelle Stand?

Könnten Sie uns vielleicht immer mal informieren?

Und es gibt ja auch verschiedene Überlegungen dieser Bürgerinitiative, dort eine Spur einzurichten. Das wurde von der Verwaltung geprüft.

Ist diese abschlägige Prüfung jetzt endgültig? Oder wird da weiter geprüft?

Wie ist da der Sachstand?

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Stäglin

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Scholtyssek, die in der letzten Diskussion, die wir hier hatten, noch offenen Punkte wurden beantwortet mit einem Schreiben vom 17. März diesen Jahres. Am 17. März, nach Fertigstellung des Schreibens und Abgang des Schreibens, ging dann ein neues Schreiben der Bürgerinitiative vom 15.03. am 17.03. bei der Verwaltung ein.

Aus unserer Sicht ist in diesem erneuten Schreiben nur ein neuer Aspekt. Dieser neue Aspekt wird nun, weil er neu vorgebracht wurde, geprüft und dann entsprechend beantwortet.

Die Verwaltung geht davon aus, dass alle anderen, vorher vorgebrachten Punkte, beantwortet sind. Wir haben sie abschließend geprüft. Wir hatten mehrere Gespräche, Ortstermine, auch das Gespräch beim Oberbürgermeister, so dass wir mit dem Vorliegen der Initiative jetzt vorliegenden Schreiben aus Sicht der Verwaltung die Prüfung beendet haben.

Wenn durch die Bürgerinitiative inhaltlich neue Punkte vorgebracht werden, werden sie selbstverständlich neu geprüft.

Und ich kann vielleicht hier noch ergänzend sagen, weil, ich hatte in der letzten Runde ja gesagt, die zweite Auflastung kommt nicht. Das wurde in dem Schreiben der BI auch kritisiert. Da liegt mir jetzt nochmal die Information vor, dass es dazu ja sogar durch das Quartiersbüro Ost, genau dafür sind auch die Quartierbüros auch da, dort Umfragen und die Kontakte vor Ort durchzuführen, eine Umfrage vor Ort gab. Und wenn man die gesamte Straße betrachtet, gibt es keine Mehrheit dort unter den Anwohnern für die zweite Auflastung. Wenn man nur Abschnitte sich ansieht, dann nur für den einen Teil. Da gäbe es eine Mehrheit.

Aber natürlich muss man dann schon den gesamten Straßenzug betrachten. Das heißt, auch dort wurde durch die Verwaltung der Wunsch geprüft und auf Grund dieses Votums dann verworfen.

Herr Scholtyssek

Gut, vielen Dank. Es wäre noch schön, wenn Sie uns über diese Schriftwechsel informieren würden.

Danke.

Ende des Wortprotokolls.

zu 11.5 mdl. Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses zum Brachflächenkataster

Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Bearbeitungsstand des Brachflächenkatasters und wann mit einer Vorlage der Verwaltung zu rechnen ist.

Laut Auskunft von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, befinde sich die Aktualisierung des Datenbestandes zu Gewerbebrachen im Rahmen einer vertiefenden Flächenanalyse der Gewerbegebiete der Stadt in der Abschlussphase.

Die Daten würden auch als wichtiges Thema für die Erarbeitung des ISEK 2025 gebraucht und dort einfließen und stellen die notwendige Vorleistung für die Erstellung eines Brachflächenkatasters für gewerbliche Brachen im Sinne des Stadtratsbeschlusses dar.

Weitere Schritte seien dann in Verzahnung mit dem in Bearbeitung befindlichen Wirtschaftskonzept vorzunehmen.

Erst bei Vorliegen aller Daten könne er weitere Aussagen finanzieller und personeller Art machen. Einen konkreten Termin könne er dazu nicht festlegen.

Das ISEK soll im Entwurf in diesem Jahr fertiggestellt werden und auch das Wirtschaftskonzept habe in diesem Jahr Priorität, mit Fertigstellung im ersten bzw. zweiten Quartal.

Eine Information zur weiteren Zeitschiene sagte **Herr Beigeordneter Stäglin** für die Stadtratssitzung nach der Sommerpause zu.

zu 11.6 mdl. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung Livestream Ratssitzungen

Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte an die im April 2014 gemachte Information zur Möglichkeit der Umsetzung eines Livestream von Ratssitzungen. Sie fragte nach, wann die dazu gegründete Arbeitsgruppe ihre Arbeit aufgenommen habe und wie der weitere zeitliche Ablauf sowie die Umsetzung geplant sei.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, teilte dazu mit, dass die Arbeitsgruppe vor ca. einem Jahr tagte, die Arbeit jedoch durch Umstrukturierungen im Fachbereich Verwaltungsmanagement ins Stocken kam. Die Arbeit wurde jetzt wieder aufgenommen, im Mai 2015 sollen die Ergebnisse im Stadtrat vorgestellt werden.

zu 11.7 mdl. Anfrage Herr Peinhardt, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Erhöhungen der Preise von Halleschen Schwimmvereinen

Herr Peinhardt verwies auf die Information aus den Medien, dass die Bäder GmbH bis 2017 die Schwimmbahnmierte verdoppeln will. Dabei würden auf die Schwimmvereine erhöhte Kosten zukommen, welche in die Mitgliedsbeiträge umzulegen wären. Besonders betroffen seien Kindergruppen, die gegebenenfalls eingeschränkt werden müssten.

Er fragte an:

1. Wie viel Kinder sind in den Schwimmvereinen registriert und wie hoch ist der Beitrag in den einzelnen Vereinen?
2. Wie viel Geld wurde bisher pro Monat in den einzelnen Schwimmvereinen insgesamt eingenommen?
3. Gibt es schon absehbare Beitragssteigerungen und wenn ja, in welcher Höhe?
4. Wie viel Kinder in den Schwimmvereinen sind im Förderprogramm Bildung und Teilhabe?
5. Gibt es Kinder, die anspruchsberechtigt sind und den Beitrag nicht aus Bildung und Teilhabe beziehen?

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.8 mdl. Anfrage Fraktion DIE LINKE/ Die PARTEI zur Realisierung des Beschlusses der Bereitstellung von Mitteln für zwei Sozialarbeiterstellen im Sozialraum II

Herr Dr. Meerheim verwies auf den Stadtratsbeschluss aus der Februarsitzung, welcher beinhaltet, im Sozialraum Silberhöhe zwei zusätzliche Sozialarbeiterstellen zur Verfügung zu stellen. Im Verlaufe der Diskussion im Finanzausschuss habe man sich darauf geeinigt, die Mittel dazu aus dem Gesamthaushalt bereitzustellen und nicht ausschließlich aus dem Haushalt des Geschäftsbereiches IV.

Er fragte nach dem Umsetzungsstand des Beschlusses, da eine Stelle schon zum ersten April 2015 geschaffen und besetzt werden sollte.

Weiterhin fragte er nach der genauen, produktbezogenen Haushaltsstelle, aus welcher die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden und ob den Intentionen des Finanzausschusses Rechnung getragen wurde.

Abschließend wies **Herr Dr. Meerheim** darauf hin, dass es einen Beschluss für eine konkrete Summe als Gesamtausgabe gab.

In diesem Zusammenhang fragte er an, welche konkrete Summe, welchem Produkt zugeordnet wurde. Sollte es Verschiebungen im Projekt gegeben haben, bat er um Erläuterungen dazu.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass es, bezogen auf die Träger nach § 74 SGB VIII im pflichtgemäßen Ermessen die Richtlinie gäbe, die bereitstehenden Haushaltsmittel auf die freien Träger zu verteilen. Dazu werde von der Verwaltung ein weiterer Vergabebeschluss für den Jugendhilfeausschuss vorbereitet.

Um dem Beschluss des Finanzausschusses und den Intentionen zu folgen, wurde ein Bewilligungsbescheid zum 01.04.2015 an den Träger Blauer Elefant übergeben, so dass mit der Arbeit begonnen werden kann.

Die Bereitstellung der finanziellen Mittel erfolge aus dem Sozialamtsbereich, Restmittel im Bildungs- und Teilhabebereich SGB II und aus der Jugendarbeit, Zuschüsse an Träger.

Zur weiteren ausführlichen Beantwortung der Anfragen sagte **Herr Beigeordneter Kogge** eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.9 mdl. Anfrage Herr Klätte, Stadtrat, zur Feinstaubbelastung

Auf die aktuelle Diskussion zum Feinstaub verweisend fragte **Herr Klätte** an, ob es in Bezug auf die Umweltzone eine Erfolgskontrolle gäbe und wie diese aussieht.

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, verwies darauf, dass das Thema in der Zuständigkeit des Landes bearbeitet werde.

Es gäbe einen fachlichen Austausch zwischen dem Landesamt und der Unteren Immissionschutzbehörde zur Auswertung der Überschreitungstage und Abstimmung zu möglichen Maßnahmen, die Überschreitungstage auf das zulässige Maß zu reduzieren.

Inwieweit die jeweils im Jahr erreichten Effekte der Umweltzone zugeordnet werden können, sei fachlich umstritten, denn es gäbe Jahre ohne Überschreitungen und mit günstigen Witterungsverhältnissen. Auch die Positionierung der Messstation in der Paracelsusstraße sei aus städtischer Sicht nicht der günstigste Standort für eine solche Messung.

zu 11.10 mdl. Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Zirkus Klatschmohn am Rossplatz

Herr Wolter bezog sich in seinen Ausführungen auf die Beratung mit Vertretern aller Fraktionen und der Verwaltung zum Thema Zirkus Klatschmohn am Rossplatz. Dabei wurde

für die Bauzeit am Steintor eine andere Standortlösung verabredet. Er fragte nach dem Umsetzungsstand der Maßnahme.

Herr Stäglin Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, teilte mit, dass eine Lösung für dieses Jahr gefunden wurde. An der Suche für einen alternativen Standort bis zum Sommer 2015 werde gearbeitet.

zu 11.11 mdl. Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Ideenwettbewerb Zoo

Herr Wolter fragte an, ob und wann der Ideenwettbewerb Zoo auch mit den Stadträten diskutiert werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte sich dahingehend, dass die Ideen und Vorschläge für die Neukonzeption des Zoo zuerst im Aufsichtsrat diskutiert und beschlossen werden. Danach könne es eine Diskussion im Stadtrat zu diesem Thema geben.

Er wies darauf hin, dass die Ideen des Wettbewerbes in einer Präsentation in der dritten Etage des Rathshofes ausgestellt seien.

zu 11.12 mdl. Anfrage Frau Bohm-Eisenbrandt, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Sport-Kennenlernwoche

Frau Bohm-Eisenbrandt fragte nach einer Stellungnahme der Verwaltung zur Anregung ihrer Fraktion in der letzten Stadtratssitzung zu einer Sport-Kennenlernwoche.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, sagte zu, die Thematik im Fachbereich Sport und mit dem Stadtsportbund zu besprechen.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf hingewiesen, dass bei einer Anregung keine Berichterstattung bzw. Stellungnahme der Verwaltung erfolge. Sollte eine Antwort gewünscht sein, müsse eine Anfrage gestellt werden.

zu 11.13 mdl. Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Beirat der Stadtmarketing Gesellschaft

Bezüglich des Beschlusses zur Gründung eines Beirates der Stadtmarketing Gesellschaft fragte **Frau Dr. Brock** nach dem Umsetzungsstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass die Gesellschafterversammlung in ihrer nächsten Sitzung darüber befinden wird.

zu 11.14 mdl. Anfrage Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu Städtepartnerschaften

Frau Dr. Brock merkte an, dass es einen Beschluss zur Einstellung von 50.000 Euro in einer Haushaltsstelle für die Pflege der Städtepartnerschaften gäbe. Dies sei nicht erfolgt und auf Nachfrage wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass man im Finanzausschuss auf die Einstellung der Mittel hätte achten müssen.

In diesem Zusammenhang fragte sie an, ob es notwendig sei, entsprechende Beschlüsse noch einmal durch die Stadträte einreichen zu lassen oder ob diese nach Beschlussfassung automatisch von der Verwaltung eingestellt werden.

Herr Paulsen, Grundsatzreferent, verwies auf den Änderungsantrag von einzelnen Stadträten der CDU/FDP-Stadtratsfraktion bei der Diskussion zum Städtepartnerschaftskonzept in der Kulturausschusssitzung im November 2014. Dort wurde die Einstellung der Mittel beantragt.

In der gleichen Diskussion hätten die Antragsteller zugesagt, das Votum des Kulturausschusses mit in die Haushaltsberatung zu nehmen und dort zu thematisieren. Da es in den Haushaltsberatungen und im Zuge der Erstellung des Kompromisspapiers zum Haushalt offenbar keine Berücksichtigung fand, gab es für die Verwaltung keine Möglichkeit, auf anderem Wege 50.000 Euro bereitzustellen.

Nach Zusage der Thematisierung in den Haushaltsberatungen wäre der Stadtrat gefordert gewesen, die Summe dort zu berücksichtigen.

zu 11.15 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Geisteswissenschaftlichen Zentrum

Auf Antrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion wurde zum TOP 11.15 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Scholtyssek

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe zwei kurze Fragen.

Zum einen, demnächst wird das Geisteswissenschaftliche Zentrum eröffnet werden. In dem Zuge ist damit zu rechnen, dass der Parkdruck dort auch erheblich zunehmen wird.

Deswegen würde ich mal fragen, ob es da irgendwie ein Konzept, eine Vorstellung gibt in der Stadtverwaltung, wie man damit umgeht?

Weil, das geplante Parkhaus ist ja noch in weiter Ferne.

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates

Herr Stäglin

Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt

Herr Scholtyssek, das Parkhaus ist noch in weiter Ferne, das ist richtig. Das Land klärt weiterhin Modalitäten, wie man es realisieren könnte, beabsichtigt aber weiterhin, dieses als Ziel zu verfolgen.

Formal ist es erst mal so, dass für alle Nutzer auf dem Gelände 422 Stellplätze erforderlich wären, von denen 52 aus dem Bestand anzurechnen sind. Im Zuge des Bauvorhabens werden auf dem Grundstück selbst 46 Stellplätze hergestellt. Das heißt, offen sind 324.

Diese werden abgelöst, finanziell. Ein entsprechender Ablösebescheid wurde mit Datum vom 01. Dezember letzten Jahres erlassen.

Parallel dazu muss man jetzt verflechten die Beschlussfassung des Rates bezüglich des Paulusviertels/Medizinerviertels. Sie hatten uns ja im November 2014 den Auftrag gegeben, bis Ende 2015 ein Parkraumkonzept zu erarbeiten. Das läuft jetzt.

So dass das für uns ein wesentlicher Punkt sein wird, auf dann wirklich konkret erkennbare Probleme des Steintorcampus der MLU zu reagieren.

Und durch die Parkraumablöse wäre auch, bezogen auf stellplatzrelevante Maßnahmen, eine gewisse finanzielle Möglichkeit gegeben.

Herr Scholtyssek

O. k. also ich interpretiere das so, der Prozess läuft, aber zur Eröffnung ist es noch nicht gelöst.

Herr Beigeordneter Stäglich

Zur Eröffnung werden wir nicht 324 zusätzliche Stellplätze, die abgelöst werden mussten, an anderer Stelle anbieten können.

Man muss aber auch festhalten, gegenüber vom Paulusviertel haben wir eine Hochgarage gehabt. Gut, da kann man mal darüber fragen, wie bequem und wie nutzerorientiert dieses Modell wirklich war. Aber die Nachfrage dazu war so gering, dass wir nun dort die Insolvenz zu beklagen haben.

Aber das Thema Parkkonzept steht wirklich ganz klar im Fokus der Verkehrsplanung dieses Jahr.

Herr Scholtyssek

O. k.

Ende des Wortprotokolls.

zu 11.16 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum aktuellen Bearbeitungsstand der Fluthilfemittel und STARK III Projekte

Herr Scholtyssek fragte an, ob es einen aktuellen Bearbeitungsstand der Fluthilfemittel und der STARK III Projekte gäbe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Aufbereitung und Weitergabe der Daten an die Fraktionen zu.

zu 11.17 mdl. Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den finanziellen Mitteln für Städtepartnerschaften

Bezugnehmend auf die Antwort von Herrn Paulsen zum Thema Städtepartnerschaften wies **Frau Dr. Wünscher** auf den bestehenden Stadtratsbeschluss hin.

Auch wurde im letzten Finanzausschuss bezüglich der Nachfrage zur Haushaltsstelle für Städtepartnerschaften durch Herrn Bürgermeister Geier mitgeteilt, dass die Einstellung der

Haushaltsmittel untergegangen sei und er das nachträgliche Anlegen einer Haushaltsstelle zusichere.

Des Weiteren habe es schon ein Anliegen zur Finanzierung eines bestimmten Projektes mit dieser Haushaltsstelle gegeben. Dazu hätten die beiden Beigeordneten, Frau Dr. Marquardt und Herr Geier, zugesagt, bis zum nächsten Finanzausschuss eine Klärung herbeizuführen und Bericht darüber zu erstatten, wie mit dem Beschluss und der einzurichtenden Haushaltsstelle umgegangen werde.

In diesem Zusammenhang fragte **Frau Dr. Wünscher** an, ob die im Finanzausschuss gegebene Antwort der Verwaltung umgesetzt werde oder ob die Aussage von Herrn Paulsen abschließend sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte deutlich, dass den Ausführungen von Herrn Paulsen zum Thema Städtepartnerschaften nichts hinzuzufügen sei.

Es wurde ein Kompromisspapier erstellt und beschlossen, mit sämtlichen Maßnahmen, die in der letzten Sitzung des Finanzausschusses beraten wurden. Dabei sei die angegebene Summe nicht mehr aufgeführt gewesen.

zu 11.18 mdl. Anfrage Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Namensvergabe des Touristenbus

Frau Dr. Wünscher fragte nach dem Verantwortlichen für die Namensgebung des Touristenbusses. Sie halte den Namen nicht für sinnvoll, um die Attraktivität der Stadt für Touristen zu erhöhen.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

zu 11.19 mdl. Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zum Kooperationsvertrag mit der MLU

Bezugnehmend auf den seit 2013 bestehenden Kooperationsvertrag der Stadtverwaltung mit der Universität fragte **Herr Dr. Diaby** an, ob es durch die Verwaltung eine Bilanz gäbe, welche Erfahrungen mit dem Kooperationsvertrag gemacht wurden und ob eine Evaluation vorgesehen sei, und wenn ja, wann man damit rechnen könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Des Weiteren informierte er über eine Diskussion im letzten Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss mit dem Rektor der Martin-Luther-Universität (MLU), welcher sehr umfangreich über die Projekte, den aktuellen Stand an der Universität, die Situation des Umgangs mit den Haushaltsbeschlüssen des Landes und seine Auffassung dazu berichtet habe.

Auch im Wirtschaftsbeirat des Oberbürgermeisters wurde die Kooperation mit der MLU thematisiert. Der Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, Herr Bullerjahn, hat gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Sträter, Rektor der MLU, zu den aktuellen Themen der Universität Stellung bezogen.

zu 11.20 mdl. Anfrage Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu internationalen Studierenden und Forschern

Herr Dr. Diaby äußerte sich zur Feststellung, dass die Zahl der internationalen Studierenden und Forscherinnen und Forscher, die nach Halle kommen, steigt. Damit verbunden sei die Notwendigkeit nach internationalen Begegnungszentren außerhalb der Universität. In diesem Zusammenhang fragte er an:

1. Hat die Stadtverwaltung sich mit so einer Frage beschäftigt?
2. Ist damit zu rechnen, dass man so eine Idee vielleicht in der nächsten Zeit auch ins Leben bringt?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 11.21 mdl. Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Haus der Jugend

Herr Krause fragte an, ob das Haus der Jugend schon eröffnet wurde bzw. ob es einen Termin für die Eröffnung gäbe.

Dazu teilte **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, mit, dass alle Vorbereitungen getroffen worden sind. Momentan gäbe es Absprachen für die Suche nach einem Eröffnungstermin, welchen er den Stadträten mitteilen werde.

zu 11.22 mdl. Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Jobcenter

Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde zum TOP 11.22 ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Krause

Wir hatten letztes Mal einen Beschluss gefasst zum Thema Jobcenter.

Da war in dem Punkt 2 der Auftrag, diese vorläufige Besetzung der Geschäftsführung in eine dauerhafte Besetzung zu verändern, indem sozusagen die Stadt da aktiv wird.

Gibt es da neue Entwicklungen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, da gibt es keine neuen Entwicklungen. Die Position der Stadt und des Oberbürgermeisters ist deutlich.

Die Aufgaben und die Umwandlung des Jobcenters, mit den Maßnahmen, die wir als Stadt, die Sie ja hier auch vorschlagen, dann dort hineinbringen, muss erst abgeschlossen sein. Dann kann man über eine endgültige Besetzung sprechen.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass es derzeit einen Arbeitsrechtsstreit gibt.

Herr Krause

Aber doch nicht mit dem Jobcenter? Wir sind doch einer der Träger. Das verstehe ich jetzt nicht. Es gibt doch einen klaren Auftrag durch den Stadtrat.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, ich habe mich deutlich positioniert. Wir haben das auch schriftlich dargestellt, dass wir momentan erst mal versuchen, die Maßnahmen dort, in Abstimmung mit der Stadt vorzunehmen. Und dass wir dann uns überlegen, wie dann eine endgültige Besetzung aussieht. Dieses haben wir Ihnen auch mitgeteilt.

Ende des Wortprotokolls.

zu 11.23 mdl. Anfrage Herr Eigendorf, SPD-Fraktion, zum Eisdom

Herr Eigendorf bezog sich in seiner Anfrage auf die Beschlussfassung zum Ausbau des Eisdoms zur endgültigen Eissporthalle. Bestandteil des Beschlusses sei auch die Vorlage eines Konzeptes durch die Verwaltung gewesen.

Er fragte an:

1. Können wir bis zum Ende des Monats noch ein Konzept erwarten?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Wann dürfen wir mit einem Konzept rechnen?

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, teilte mit, dass erst dann ein Konzept vorgelegt werden kann, wenn Planungsarbeiten durchgeführt wurden. Da diese von einer Teilbewilligung abhängig seien, welche noch nicht vorliege, könnten diese Arbeiten nicht vollzogen werden.

Bezüglich der Bewilligung verwies sie auf Nachfragen vom Zuwendungsgeber, die noch abgearbeitet werden müssten. Erst danach könne mit einer ersten Teilbewilligung gerechnet werden

zu 11.24 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Immobilienmanagement

Herr Dr. Meerheim verwies auf einen Stadtratsbeschluss zum Immobilienmanagement und darauf, dass diesbezüglich die Verwaltung vierteljährlich einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des Beschlusses des Rates vorzulegen habe.

Er fragte an, ob im April ein solcher Bericht von der Verwaltung vorgelegt wird.

Durch **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, wurde mitgeteilt, dass es im April 2015 einen Quartalsbericht zum Immobilienmanagement geben wird.

zu 11.25 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Immobilienstrategie

In Bezug auf den Beschluss zum Immobilienmanagement erinnerte **Herr Dr. Meerheim** an den Beschlusspunkt 3. In diesem werde die Verwaltung zur Erarbeitung eines Entwurfes zur Immobilienstrategie und Vorlage dessen an die Stadträte aufgefordert. Er fragte nach dem aktuellen Sachstand dazu.

Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport, informierte darüber, dass bis zum Ende des Jahres 2015 ein Papier zur Immobilienstrategie vorliegen werde.

zu 11.26 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zu Kita-Gebühren

Herr Dr. Meerheim nahm Bezug auf die schriftliche Anfrage des Stadtrates Herrn Andreas Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu einer möglichen Erhöhung der Kitagebühren. Seiner Ansicht nach könnten die Fragen von der Verwaltung sofort beantwortet werden. Er fragte nach, weshalb erst im Juni eine Antwort durch die Verwaltung gegeben werden kann.

Von **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, wurde klargestellt, dass beide Fragen nur zusammenhängend zu beantworten sind und es momentan eine interne Klärung zu den Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen sowie Verhandlungen zu den Kosten gäbe. Dies erfordere eine gewisse Zeit und deshalb könne er erst im Juni eine Antwort auf die gestellten Fragen geben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf die zurzeit stattfindenden intensiven Verhandlungen. Auch habe er schon deutlich gemacht, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Erhöhung geplant ist.

Es gehe jetzt darum, die Durchführung der Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen abzuwarten. Erst Ende des Jahres sei eine Bewertung dahingehend möglich, ob es, wie vom Land im Gesetzgebungsverfahren vorgesehen, nicht zu einer Erhöhung führe. Aktuell plane die Stadt keine Gebührenerhöhungen.

zu 11.27 mdl. Anfrage Herr Cierpinski, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu den finanziellen Mitteln für Städtepartnerschaften

Bezüglich der Anfragen zum Thema Städtepartnerschaften erinnerte **Herr Cierpinski** an das im letzten Jahr gewählte Verfahren zum Haushalt, wo im Rahmen der Haushaltsverhandlung gemeinsam ein Kompromiss herausgearbeitet wurde, in dem die von den einzelnen Fraktionen eingereichten Änderungsanträge eingearbeitet worden sind.

Der Antrag zu Städtepartnerschaften falle nicht unter dieses Verfahren, da im Punkt 1. des Beschlusses die Erstellung eines Haushaltstitels in den Haushalt 2015 mit 50.000 Euro formuliert war. Diese Beschlussfassung sei ein abgeschlossener Vorgang, der durch die Verwaltung hätte umgesetzt werden müssen.

Herr Cierpinski fragte an, wie mit den anderen, während der Haushaltseinbringung gefassten Anträgen und Beschlüssen, die nicht im Gesamtpapier verankert waren, umgegangen wurde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass alle Vorschläge aus dem Kompromisspapier eingearbeitet sind. Anderweitige Anträge konnten nicht berücksichtigt werden, da der Haushalt sonst nicht ausgeglichen gewesen wäre.

Seiner Ansicht nach seien alle Beteiligten davon ausgegangen, dass durch die Kompromisslösung viele Vorschläge nicht aufgenommen werden konnten, um einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

zu 11.28 mdl. Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Städtepartnerschaften

Herr Wolter nahm Bezug auf die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Thema der Finanzierung der Städtepartnerschaften.

Seiner Meinung nach seien von Frau Dr. Wünscher klare Fakten dargestellt worden.

Ebenso habe Herr Bürgermeister Geier im Finanzausschuss den Fehler der Verwaltung eingeräumt. Mit der Beschlussfassung wurde die Verwaltung beauftragt, im Entwurf des Haushaltes eine neue, zusätzliche Stelle mit Titel einzubringen. Dies wurde versäumt und von Herrn Bürgermeister Geier und Frau Beigeordnete Dr. Marquardt wurde bestätigt, dafür eine Lösung zu suchen.

Er führte weiter dazu aus, dass der von Herrn Oberbürgermeister genannte Kompromiss mit dem vorliegenden Sachverhalt nichts zu tun habe, da der Stadtrat davon ausgegangen sei, dass die Haushaltsstelle im Haushaltsplanentwurf enthalten ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bekräftigte noch einmal die von ihm gemachten Ausführungen auf die Anfrage von Herrn Cierpinski.

Bezogen auf die Aussagen von Herrn Bürgermeister Geier machte er deutlich, dass dieser in seiner Eigenständigkeit und Verantwortlichkeit eine Haushaltstelle für eine freiwillige Aufgabe suchen könne.

Er bat jedoch zu akzeptieren, dass in den Haushaltsberatungen keine Aufnahme der freiwilligen Leistung in den Haushaltsplanentwurf erfolgen konnte, da keine Haushaltsstelle dafür vorliege.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, bestätigte die Ausführungen von Frau Dr. Wünscher zur Beschlussfassung über die Finanzierung der Städtepartnerschaften. Ebenso stimmte er den Aussagen von Herrn Bürgermeister Geier zu, dass ein Fehler unterlaufen sei.

Leider habe man nicht darauf geachtet, dass die 50.000 Euro im Entwurf des Haushaltsplanes hätten eingearbeitet werden müssen. Aus diesem Grund habe der Beschluss zum Haushalt den vorherigen Beschluss vom November negativ geheilt und damit aufgehoben.

Rein rechtlich müsse er deshalb den Aussagen von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand zustimmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte noch einmal deutlich, dass sich die Verwaltung um die Lösung des Problems bemühe und empfahl, von einer Antragstellung abzusehen.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einer Sport-Kennlern-woche für Kinder und Jugendliche Vorlage: VI/2015/00698

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12.2 Anregung Herr Klätte, Stadtrat, zur Kombi-Eintrittskarte für Museen

Herr Klätte regte an, in die Prüfung der Einrichtungen für die im Antrag zum TOP 8.8 vorgeschlagene Kombi-Eintrittskarte für Museen der Stadt Halle auch die Theater-, Oper und Orchester GmbH mit aufzunehmen.

zu 12.3 Anregung Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Umgangsformen

Bezüglich der Diskussion zur Finanzierung der Städtepartnerschaften regte **Frau Dr. Wünscher** an, die Umgangsformen zwischen Verwaltung und Stadtrat zu verbessern.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand machte darauf aufmerksam, dass die von ihm gemachten Aussagen zu diesem Sachverhalt schon in der Novembersitzung des Kulturausschusses dargestellt und auch in der Niederschrift festgehalten worden sind. Momentan könnten keine Haushaltsmittel für freiwillige Leistungen bereitgestellt werden.

zu 12.4 Anregung Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu TOP 10.1

In Bezug auf die von der Verwaltung vorgelegte Informationsvorlage zur Umsetzung von Ratsbeschlüssen machte **Herr Scholtyssek** darauf aufmerksam, dass in der Tabelle eine weitere Spalte mit Aussagen zur Erledigung bzw. Zustimmung oder Ablehnung der Beschlüsse aufgenommen werden sollte.

Durch **Herrn Paulsen, Grundsatzreferent**, wurde darauf verwiesen, dass in der Darstellung die gefassten Beschlüsse des Stadtrates aufgeführt seien, welche von der Verwaltung umzusetzen sind. Im vorliegenden Papier wurden die erledigten Beschlüsse aufgeführt, wie auch die Beschlüsse, die sich noch in Bearbeitung befänden.

Zur weiteren Klarstellung sagte **Herr Paulsen** eine Prüfung der Unterlagen zu.

zu 12.5 Anregung Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Veröffentlichung der Modalitäten bei der Kita-Platzvergabe

Herr Wolter informierte über eine Mitteilung von Kita-Leitern an seine Fraktion, dass Eltern direkt in den Kindertageseinrichtungen nach Kita-Plätzen nachfragen.

Er regte an, die Modalitäten der Kita-Platzvergabe eventuell über das Amtsblatt bzw. das Dienstleistungszentrum Familie zu veröffentlichen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, nahm die Anregung auf. Die Verwaltung werde nach weiteren Veröffentlichungsmöglichkeiten suchen.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

zu 13.1 Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI in die Unterlagen des KulturTreff Halle-Neustadt

zu 13.2 Akteneinsicht der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zu Antragstellungs-, Auszahlungs- und Verwendungsnachweisverfahren zu den Bedarfszuweisungen für Mehraufwendungen nach dem Aufnahmegesetz für 2014

Herr Lange, Vorsitzender des Stadtrates, beendete den öffentlichen Teil der Stadtrats-sitzung vom 25.03.2015.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin